

Lebenslagen in Krisenzeiten

Working Paper 1/2021

 Förderprogramm „Integration durch Qualifizierung IQ“

**Neuzugewanderte in Deutschland in der Corona-Krise.
Ergebnisse einer Online-Umfrage**

www.netzwerk-iq.de

Impressum

Herausgeber

Fachstelle Einwanderung
Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung gGmbH
Alt-Reinickendorf 25
13407 Berlin
www.minor-kontor.de
www.netzwerk-iq.de



Redaktion

Laura Spitaleri
Christiane Fritsche

Redaktionelle Mitarbeit

Sophie Meiners
Tatyana Sakadeyeva

Stand

Januar 2021

Alle Rechte vorbehalten.
© 2021

Das Förderprogramm „Integration durch Qualifizierung (IQ)“ wird durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales gefördert.



Inhalt

Zusammenfassung.....	4
1 Einleitung.....	5
2 Veröffentlichungen zu den Auswirkungen der Corona-Krise auf Zugewanderte	5
3 Ergebnisse der Online-Befragung von Neuzugewanderten.....	6
3.1 Methodisches Vorgehen	7
3.2 Soziodemografisches Profil	9
3.3 Vor der Corona-Krise: Die Situation der Befragten vor März 2020	15
3.4 Die Lage der Befragten seit Beginn der Corona-Krise.....	21
3.5 Arbeitslosigkeit und finanzielle Engpässe: Sorgen und Ängste.....	25
3.6 Gehen oder bleiben? Überlegungen zum Wegzug aus Deutschland.....	29
4 Fazit und Ausblick.....	34
5 Literaturverzeichnis.....	36
6 Abbildungsverzeichnis.....	39

Basierend auf einer Online-Befragung mit knapp 4.000 Teilnehmenden nimmt das Working Paper die Lage von Neuzugewanderten in Deutschland in der Corona-Krise in den Blick. Die Befragung wurde in den sozialen Netzwerken verbreitet und ist nicht repräsentativ. Dennoch liefern die Ergebnisse wichtige Aussagen über mögliche Trends und geben Einblicke, wie Neueingewanderte die Corona-Krise erleben. **Die wichtigsten Ergebnisse in Kürze:**

Verlust des Arbeitsplatzes wegen der Corona-Krise: 19,5 % der Befragten, die vor Ausbruch der Corona-Krise erwerbstätig waren, waren zum Zeitpunkt der Befragung nicht mehr beim selben Arbeitgebenden tätig wie im März 2020. Besonders hoch ist dieser Anteil bei den Befragten aus Syrien: 30,7 % der syrischen Teilnehmenden, die vor Beginn der Corona-Krise einer Beschäftigung nachgingen, waren zum Zeitpunkt der Befragung nicht mehr beim selben Arbeitgebenden tätig. Bei den Befragten aus Rumänien, Bulgarien und Polen trifft dies auf rund 20 % zu.

Kurzarbeitergeld: 28,5 % der Befragten, die vor Ausbruch der Corona-Krise erwerbstätig waren, haben seit Beginn der Corona-Krise Kurzarbeitergeld erhalten oder bezogen es zum Zeitpunkt der Befragung noch. 33,8 % der Kurzarbeiter*innen gaben an, dass ihnen das Kurzarbeitergeld nicht für das Lebensnotwendige wie Miete, Krankenversicherung und Lebensmittel reicht. 13,6 % der Kurzarbeiter*innen mussten sich deswegen im privaten Umfeld Geld leihen.

Angst vor Arbeitslosigkeit: 18,6 % aller Befragten schätzen die Wahrscheinlichkeit, dass sie innerhalb des nächsten Jahres wegen der Corona-Krise ihren Job verlieren, als mäßig hoch ein, 8,7 % als hoch.

Finanzielle Notlage: 12,9 % aller Befragten haben wegen der Pandemie finanzielle Schwierigkeiten. Weitere 44,1 % halten es für mäßig oder sehr wahrscheinlich, dass sie innerhalb der nächsten zwölf Monate wegen Zahlungsschwierigkeiten auf Ersparnis zurückgreifen müssen.

Zusätzliche Sozialleistungen: 6,9 % aller Befragten beziehen wegen der Corona-Krise Sozialleistungen wie Wohngeld oder Arbeitslosengeld II. Weitere 31,9 % halten es für mäßig oder sehr wahrscheinlich, dass sie innerhalb des nächsten Jahres einen Antrag auf Sozialleistungen stellen müssen.

Abwanderungsabsichten: Die Mehrheit der Befragten (80,1 %) hat seit Beginn der Corona-Krise nicht darüber nachgedacht, Deutschland zu verlassen. Allerdings hat jeder dritte Befragte aus Italien und Spanien seit Ausbruch der Pandemie mit dem Gedanken gespielt, der Bundesrepublik den Rücken zu kehren. Gegen eine Abwanderung sprach in den meisten Fällen die schlechte wirtschaftliche Lage im Herkunftsland. Ausschlaggebend um zu bleiben waren daneben für viele Befragte das deutsche Gesundheitssystem und die Hoffnung auf bessere Chancen für ihre Kinder in Deutschland. Deutlich seltener nannten die Teilnehmenden, dass sie sich hier sozial integriert fühlen und dass sie sich ein Leben in Deutschland aufgebaut haben.

1 Einleitung

Der Ausbruch der Atemwegserkrankung COVID-19 und die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie haben weitreichende Folgen für das Alltagsleben der Menschen in Deutschland und die bundesdeutsche Wirtschaft. Doch wie ergeht es Neuzugewanderten in der aktuellen Krise, also Menschen, die 2008 oder später nach Deutschland gekommen sind? Welche Folgen haben die Pandemie und die ergriffenen Maßnahmen auf ihre Integration in den Arbeitsmarkt und ihre soziale Absicherung? Blicken sie optimistisch oder sorgenvoll in die Zukunft? Möchten sie in Deutschland bleiben oder in ihre Herkunftsländer zurückkehren? Diesen Fragen geht das Working Paper nach. Es basiert im Wesentlichen auf einer im Herbst 2020 unter Neuzugewanderten durchgeführten Online-Befragung.

2 Veröffentlichungen zu den Auswirkungen der Corona-Krise auf Zugewanderte

Im relativ kurzen Zeitraum seit Beginn der Krise im März 2020 haben sich bisher nur wenige Publikationen mit den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Migrant*innen befasst. In ihrem [International Migration Outlook 2020](#) warnt die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) vor den negativen Folgen auf die Arbeitsmarktintegration von Migrant*innen in den 37 OECD-Mitgliedsstaaten. Weil Zugewanderte eher befristete Arbeitsverträge haben als in den entsprechenden Ländern geborene Menschen und weil sie häufiger in von der Pandemie besonders betroffenen Branchen tätig sind, droht die Krise die Erfolge der letzten Jahre zunichtezumachen:

„[T]he economic consequences of the COVID-19 pandemic may set back the progress in the labour market inclusion of immigrants in OECD in recent years.“ (OECD 2020)

Mit den wirtschaftlichen sowie sozialen Auswirkungen der Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie in Deutschland befasst sich u. a. das Statistische Bundesamt in einem monatlich aktualisierten [Dossier zur Corona-Krise](#) (Statistisches Bundesamt 2020a). Nach den vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamts ging 2020 die Erwerbstätigkeit in Deutschland zum ersten Mal seit 14 Jahren zurück. Besonders stark betroffen waren geringfügige und kurzfristige Arbeitsverhältnisse (Statistisches Bundesamt 2021). Die Folgen der Krise für den Arbeitsmarkt nimmt auch die Bundesagentur für Arbeit (BA) in den Blick, u. a. in dem monatlich erscheinenden Bericht ["Arbeitsmarkt kompakt: Corona"](#) (BA 2020a). Daneben enthalten die ebenfalls monatlich aktualisierten [Tabellen zu den Auswirkungen der Corona-Krise auf den Arbeitsmarkt](#) Eckwerte zu Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung und Leistungsbezug (BA 2020b).

Mit Blick auf die spezifischen Folgen der Corona-Krise auf Migrant*innen in Deutschland betonen Giesing und Hofbauer Pérez, dass die Pandemie Menschen mit Migrationserfahrung „vor nicht zu vernachlässigende Herausforderungen“ stellt, u. a. weil sie häufiger in prekären Arbeits- und Wohnbedingungen mit unzureichenden Hygienemaßnahmen arbeiten und leben (Giesing & Hofbauer Pérez 2020: 41). Geis-Thöne vom Institut für Deutsche Wirtschaft

richtet das Hauptaugenmerk auf integrationshemmende Faktoren in der Corona-Krise (Geis-Thöne 2020a), umreißt jedoch in einer Zwischenbilanz fünf Jahre nach der historisch hohen Fluchtmigration ein optimistisches Szenario: Auch wenn noch nicht absehbar ist, wie lange die negativen Auswirkungen der Corona-Krise auf den Arbeitsmarkt andauern, ist „davon auszugehen, dass die (Arbeitsmarkt-) Integration der Geflüchteten auf längere Sicht zur positiven Entwicklung der letzten Jahre zurückkehren wird“ (Geis-Thöne 2020b: 2).

Das [Zuwanderungsmonitoring](#) des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) beleuchtet regelmäßig die Beschäftigungs- und Arbeitslosenquoten von Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft seit Beginn der Krise. Zuletzt betonte das IAB im November 2020, dass der Anstieg der Arbeitslosigkeit bei Personen aus Kriegs- und Krisenländern mit 4,2 % überproportional hoch ist (Brücker et al. 2020: 1). Auf der Basis einer umfassenden Sekundärdatenanalyse dokumentiert auch die IQ Fachstelle Einwanderung die [Auswirkungen der Corona-Krise auf Arbeitnehmer*innen ohne deutsche Staatsangehörigkeit](#) (Becker et al. 2020). Die in regelmäßigen Abständen online veröffentlichten Zahlen machen deutlich: Unter Zugewanderten ist der prozentuale Anstieg der Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Vorjahr bei EU-11 Staatsangehörigen¹ am stärksten, während die Arbeitslosigkeit bei Drittstaatsangehörigen am höchsten ist. Gerade für sie kann der Verlust des Arbeitsplatzes erhebliche Folgen haben, denn anders als bei EU-Bürger*innen droht bei Drittstaatsangehörigen die Gefahr, in diesem Fall auch ihren Aufenthaltstitel zu verlieren.

Primärdaten zu den Folgen der Corona-Krise für Zugewanderte wertete das von der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales geförderte Projekt [Europäisches Berlin](#) aus. Ein im Juli 2020 veröffentlichtes [Working Paper](#) basiert auf der Analyse einer Online-Befragung von mehr als 3.000 in Berlin lebenden EU-Zugewanderten. Danach hatte ein Zehntel (9,5 % bei Italiener*innen) bis zu einem knappen Fünftel (18,2 % bei den Rumän*innen) der Befragten nicht mehr dieselbe Arbeitsstelle wie vor Ausbruch der Pandemie. Als migrationspezifische Herausforderungen in der Krise nannten die Befragten v. a. die mangelnden Kenntnisse über arbeitsrechtliche Fragen sowie den Zugang zu Corona-Hilfsmaßnahmen und Sozialleistungen (Elcheikh et al. 2020).

3 Ergebnisse der Online-Befragung von Neuzugewanderten

Um die Auswirkungen der Corona-Krise auf Neuzugewanderte in Deutschland sichtbar zu machen, führte die IQ Fachstelle Einwanderung über einen Zeitraum von sechseinhalb Wochen eine nicht repräsentative Online-Befragung durch. Die Umfrage lief vom 15. September bis 31. Oktober 2020 – und fiel damit in eine Zeit, in der die Zahlen der Neuinfizierten vergleichsweise niedrig waren und die Corona-Krise im öffentlichen Bewusstsein etwas nach hinten rückte. Weil sich die Umfrage explizit an Neuzugewanderte richtete, also an Personen, die 2008 oder später nach Deutschland kamen und die daher z. T. noch nicht

¹ Mit EU-11 Staatsangehörigen sind Personen aus den elf Ländern der EU-Osterweiterung gemeint, also aus Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, die Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik und Ungarn.

ausreichend Deutsch sprechen, wurde sie in insgesamt zwölf Sprachen übersetzt. Um die zehn größten Zuwanderungsgruppen der letzten Jahre in Deutschland zu erreichen, lagen die Fragen sowohl auf Deutsch als auch auf Arabisch, Bosnisch/Serbisch/Kroatisch, Bulgarisch, Italienisch, Polnisch, Rumänisch, Spanisch, Türkisch und Ungarisch vor. Dazu kamen die Weltsprachen Englisch, Französisch und Russisch.

3.1 Methodisches Vorgehen

Auf einen Blick

→ Die nicht repräsentative Umfrage konzentrierte sich auf die Arbeitssituation der erreichten Neuzugewanderten seit Beginn der Corona-Krise, die Auswirkungen auf ihre finanzielle Lage sowie soziale Sicherung und auf ihre Zukunftsängste.

→ Der Fragebogen wurde in erster Linie online verbreitet, u. a. über Facebook.

→ 6.066 Personen füllten den Fragebogen aus. Die Antworten wurden nach Zuwanderungsjahr (ab 2008) und bestimmten Staatsangehörigkeiten gefiltert. Somit flossen die Antworten von 3.977 Teilnehmenden in die Auswertung ein.

Das Vorgehen im Detail

Ziel der Befragung war es, Erkenntnisse über die Auswirkungen der Corona-Krise und die Eindämmungsmaßnahmen auf die (Arbeitsmarkt-)Situation von Neuzugewanderten zu gewinnen. Neben Fragen zu soziodemografischen Merkmalen enthielt der Fragebogen daher Fragen zur aktuellen Arbeitssituation, zu möglichen Veränderungen seit Beginn der Corona-Krise, zum Bezug von Kurzarbeitergeld (KUG) und den Auswirkungen auf die finanzielle Lage sowie zur sozialen Sicherung und Zukunftsängsten. Gefragt wurde auch, ob die Befragten wegen der Pandemie erwogen, die Bundesrepublik zu verlassen.

Die Umfrage wurde v. a. online verbreitet. Dabei war Facebook ein zentraler Kanal. In Facebook-Gruppen wie z. B. der englischsprachigen Gruppe „English Speaking Jobs in Berlin“ mit rund 39.000 Mitgliedern und der bulgarischen Gruppe „РАБОТА В ГЕРМАНИЯ“ („Arbeiten in Deutschland“) mit rund 23.500 Mitgliedern wurde der Link zur Umfrage gepostet. Daneben wurde die Umfrage über Community-spezifische Kanäle wie Blogs, Online-Magazine und Foren verbreitet. So warb der italienische Blog „Berlino Magazine“ auf Facebook für die Umfrage. Ein Post mit dem Hinweis auf den Fragebogen wurde fast 200 Mal „geliked“.

Um die Reichweite der Umfrage zu erhöhen, wurden außerdem Multiplikator*innen in Beratungsstellen und Migrant*innenselbstorganisationen gebeten, den Link über ihre E-Mailverteiler zu verschicken. Beratungsstellen und Migrant*innenselbstorganisationen erhielten zudem ein Werbeplakat mit einem QR-Code, das sie in ihren Räumen aufhängen konnten (vgl. Abb. 1).

Insgesamt beteiligten sich 6.066 Personen an der Umfrage. In die Auswertung flossen die Antworten von 3.977 Teilnehmenden ein. Es wurden nur Daten von Neuzugewanderten berücksichtigt, also von Personen, die 2008 oder später nach Deutschland gekommen sind. Antworten von Migrant*innen, die schon länger in der Bundesrepublik leben, wurden aus dem Datensatz entfernt. Um

statistisch tragfähige Aussagen für einzelne Nationalitäten machen zu können, wurden zudem für die Analyse nur Daten von Personen verwendet, die eine Staatsangehörigkeit besitzen, für die eine bestimmte Mindestanzahl an Antworten vorlag. Dabei wurde 70 als Grenzwert festgelegt, da die folgenden Gruppen – 38 britische Staatsangehörige und 13 Personen aus Portugal – zu klein waren, um für sie belastbare Aussagen machen zu können. Das heißt also: Antworten von Personen mit Staatsangehörigkeiten, von denen weniger als 70 Rückmeldungen vorlagen, wurden nicht berücksichtigt.

iQ | Fachstelle
Einwanderung

Corona-Krise in Deutschland - Teilen Sie Ihre Erfahrungen mit uns!

Die Corona-Krise stellt vieles auf den Kopf - auch
den Arbeitsmarkt. Wie geht es Ihnen damit?

Die Umfrage ist verfügbar in: Deutsch, English,
Français, Italiano, Polski, Română, Русский,
Español, Türkçe, Magyar, български, باللغة العربية,
bosanski/hrvatski/srpski.

SCAN ME

<https://bit.ly/3mGTtJ>

Das Förderprogramm „Integration durch Qualifizierung (iQ)“ wird durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales gefördert.

Bundesministerium
für Arbeit und Soziales

Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Bundesagentur
für Arbeit

Abb. 1: Werbeplakat für die Umfrage

3.2 Soziodemografisches Profil

Auf einen Blick

- An der Umfrage nahmen eher jüngere Personen mit einem hohen Bildungsniveau teil.
- Die meisten Befragten (74,4 %) sind in den letzten sechs Jahren nach Deutschland eingewandert.
- 71,9 % der Teilnehmenden sind weiblich. Um diese Ungleichverteilung auszugleichen, wurden die Daten gewichtet. Weitere Gewichtungen fanden nicht statt.
- Nur ein geringer Anteil der Befragten stammt aus Ostdeutschland (7,3 %).

Die Ergebnisse im Detail

Basis der Analyse sind die Antworten von 3.977 Personen mit **zehn verschiedenen Staatsangehörigkeiten**. Mit 24,1 % aller Befragten sind Italiener*innen die größte Gruppe (vgl. Abb. 2), gefolgt von Eingewanderten aus Rumänien (16,4 %), Bulgarien (14,3 %), Syrien (13,2 %) und Polen (10,5 %). In die Auswertung flossen außerdem die Antworten von Personen mit französischer, türkischer, ungarischer, spanischer und kroatischer Staatsangehörigkeit ein.

Der **Aufenthaltsstatus** ist nur für die Teilnehmenden relevant, die nicht aus der EU stammen, also für die Eingewanderten aus Syrien und der Türkei. Zwischen diesen beiden Gruppen gibt es große Unterschiede: Während die meisten Befragten aus Syrien eine Aufenthaltserlaubnis aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen haben (55,9 %), haben die meisten Teilnehmenden mit türkischer Staatsangehörigkeit eine Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Erwerbstätigkeit (38,1 %) (vgl. Abb. 3). Auf Platz zwei stehen bei den Befragten aus der Türkei Menschen mit Aufenthaltstiteln zum Zweck der Anerkennung ausländischer Qualifikationen, der Ausbildung oder des Studiums (22,8 %).

Die große Mehrheit der Teilnehmenden ist **erst in den letzten sechs Jahren nach Deutschland eingewandert**²: 74,4 % der Befragten zogen zwischen 2014 und 2019 in die Bundesrepublik. 5,3 % kamen sogar erst 2020 – angesichts der Tatsache, dass die Grenzen wegen der Corona-Pandemie ab März 2020 weitgehend geschlossen waren, ein hoher Anteil. Beim Zuzug nach Deutschland fallen zwischen den einzelnen Nationalitäten große Disparitäten auf. Während 98,3 % der syrischen Befragten zwischen 2014 und 2019 nach Deutschland kamen, liegt der Anteil der französischen und spanischen Teilnehmenden, die erst in den letzten sechs Jahren in die Bundesrepublik eingewandert sind, mit 58,0 % bzw. 58,3 % deutlich unter dem Durchschnitt (vgl. Abb. 4).

An der Umfrage nahmen deutlich mehr **Frauen** als **Männer** teil: Im Schnitt sind 71,9 % der Teilnehmenden weiblich und nur 27,8 % männlich sowie 0,3 % di-

² Der Fragebogen fragte nur den ersten Zuzug nach Deutschland ab, nicht den letzten Zuzug bei zirkulärer Migration.

vers. Allerdings gibt es zwischen den Staatsangehörigkeiten deutliche Unterschiede. So sind bei Personen mit rumänischer Staatsangehörigkeit Frauen mit 83,2 % noch stärker als bei anderen Gruppen überpräsentiert (vgl. Abb. 5). Anders sieht es bei den Befragten mit italienischer und türkischer Staatsangehörigkeit aus: Mit 64,1 % bzw. 65,6 % ist der Frauenanteil hier geringer als im Durchschnitt.

Die Verteilung der Geschlechter in der Umfrage entspricht nicht der tatsächlichen Geschlechterverteilung in der Bevölkerung. So waren in den letzten zehn bis 15 Jahren beispielsweise 57,4 % aller kroatischen Zugewanderten Männer, von den kroatischen Befragten sind allerdings nur 23,2 % männlich (Statistisches Bundesamt 2020b). Durch die Gewichtung der Daten wird diese Verteilung angepasst. Im Fall der kroatischen Befragten heißt das: Die Antworten von kroatischen Männern fließen anteilig mehr ein als die Antworten von kroatischen Frauen. Analog dazu wurden auch die Daten für alle anderen Staatsangehörigen für das Geschlecht gewichtet. Da die Zuwanderungsstatistik nur zwischen Männern und Frauen unterscheidet, konnte keine Gewichtung für Personen, die sich als divers identifizieren, vorgenommen werden.

An der Umfrage beteiligten sich **eher jüngere Menschen**, wobei die Befragten mit durchschnittlich 36,4 Jahren fast genauso alt sind wie die gesamte nicht-deutsche Bevölkerung in der Bundesrepublik, die im Schnitt 36,9 Jahre alt ist (Statistisches Bundesamt 2019a). Bei den meisten Nationalitäten sind Personen zwischen 31 und 40 Jahren die am stärksten vertretene Gruppe (vgl. Abb. 6). Die französischen und syrischen Teilnehmenden sind oftmals noch jünger: Hier stehen die 18 bis 30-Jährigen mit 41,3 % bzw. 46,8 % auf Platz eins. Dagegen sind bei den Befragten aus Bulgarien und Ungarn Personen zwischen 41 und 50 Jahren mit 38,2 % bzw. 31,8 % die am stärksten vertretene Gruppe. Gleichzeitig ist hier auch der Anteil der zwischen 51 und 60-Jährigen höher als bei anderen Nationalitäten.

Die Teilnehmenden verfügen über ein **auffallend hohes Bildungsniveau**. 52,0 % haben einen Hochschulabschluss. 26,2 % der Befragten haben einen Bachelor-Abschluss, weitere 22,9 % einen Master und 2,9 % sind promoviert.

Besonders hoch ist der **Anteil der Akademiker*innen** bei Personen mit türkischer und französischer Staatsangehörigkeit: Hier haben 87,8 % bzw. 80,6 % der Teilnehmenden einen Bachelor, Master oder eine Promotion (vgl. Abb. 7). Deutlich niedriger als im Durchschnitt ist der Anteil von Personen mit Hochschulabschluss bei Zugewanderten aus Kroatien (17,2 %).

Anders sieht es bei der **Berufsausbildung** aus: Nur 11,6 % der Befragten haben eine abgeschlossene Berufsausbildung. Überdurchschnittlich viele Personen mit Berufsausbildung sind bei den Zugewanderten aus Bulgarien (35,4 %) und Ungarn (22,6 %) zu finden.

Beim **Wohnort** gibt es große Disparitäten: Die meisten Teilnehmenden stammen aus Berlin (22,5 %), gefolgt von Bayern (17,8 %), Baden-Württemberg (15,1 %) und Nordrhein-Westfalen (14,0 %) (vgl. Abb. 8). Damit stammen fast 70 % der Befragten aus einem dieser vier Bundesländer. Dabei ist zu beachten:

In Berlin, Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen ist der Anteil der nichtdeutschen Bevölkerung generell vergleichsweise hoch. So hat rund jede*r fünfte Berliner*in nicht die deutsche Staatsangehörigkeit (Statistisches Bundesamt 2019b).

Deutlich weniger Teilnehmende stammen aus Ostdeutschland. Nur 7,3 % der Teilnehmenden wohnen in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Thüringen oder Sachsen-Anhalt. In diesen fünf Bundesländern ist der Anteil der nichtdeutschen Bevölkerung deutlich geringer als in Westdeutschland und Berlin. Mit 5,0 % verzeichnet Mecklenburg-Vorpommern den bundesweit niedrigsten Anteil an nichtdeutschen Einwohner*innen (Statistisches Bundesamt 2019b).

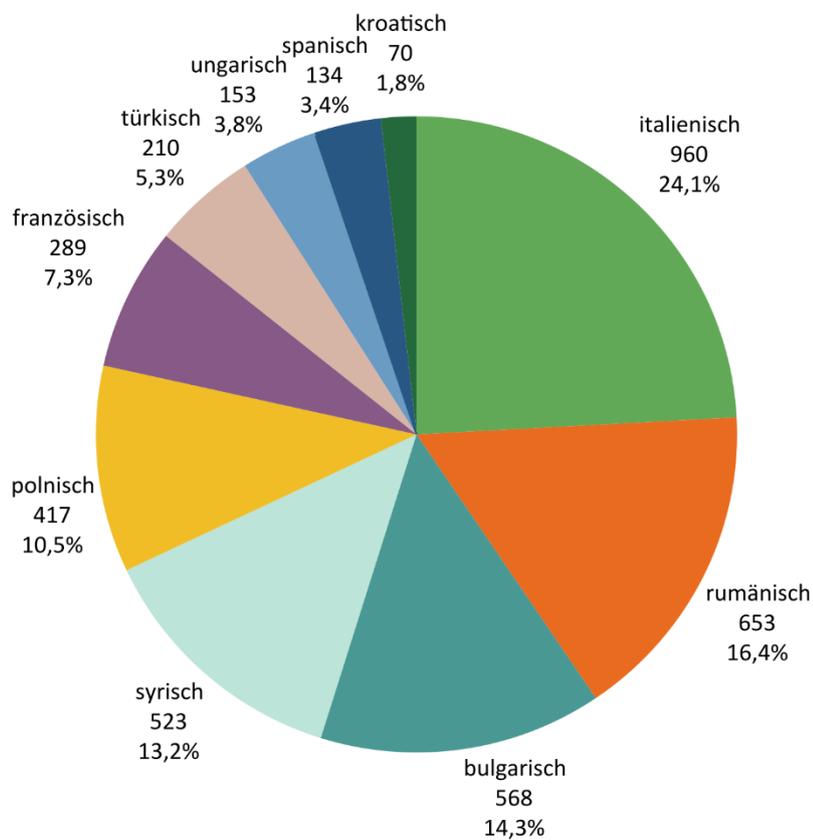


Abb. 2: Staatsangehörigkeit der Befragten
n = 3.977 © Minor

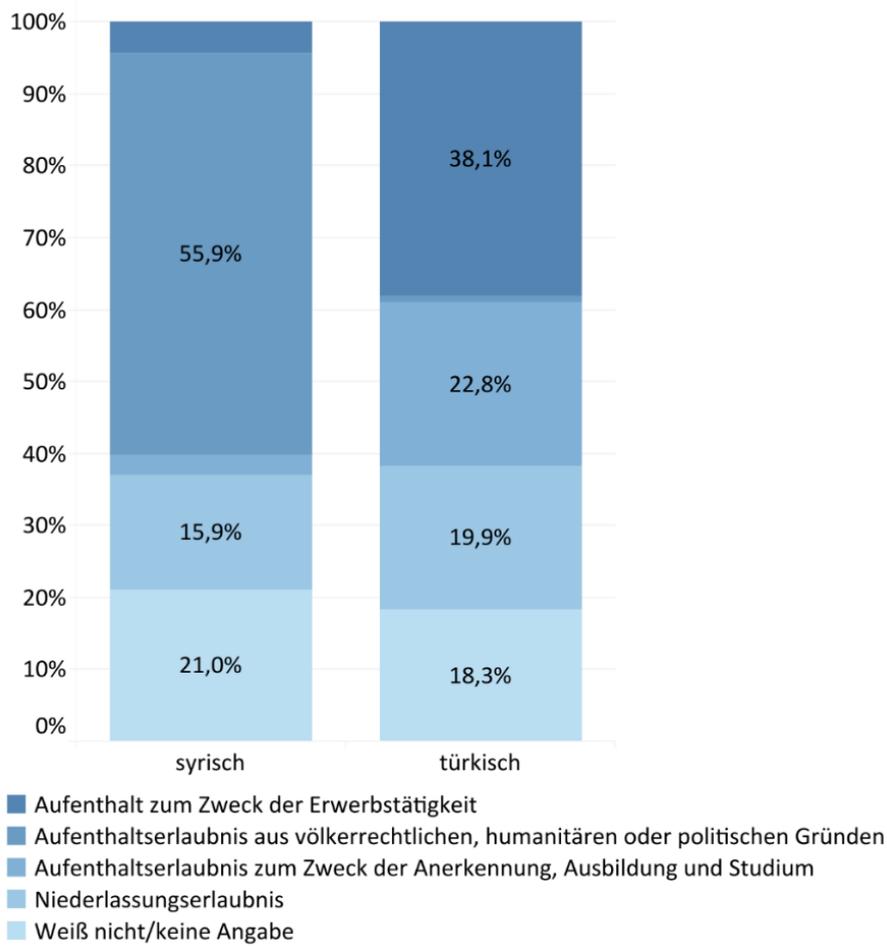


Abb. 3: Aufenthaltsstatus der Befragten (Drittstaatenangehörige)

n = 523/210. Daten nach Geschlecht gewichtet. Werte unter 5,0 % werden nicht angezeigt.

© Minor

Lebenslagen in Krisenzeiten. Neuzugewanderte in der Corona-Krise

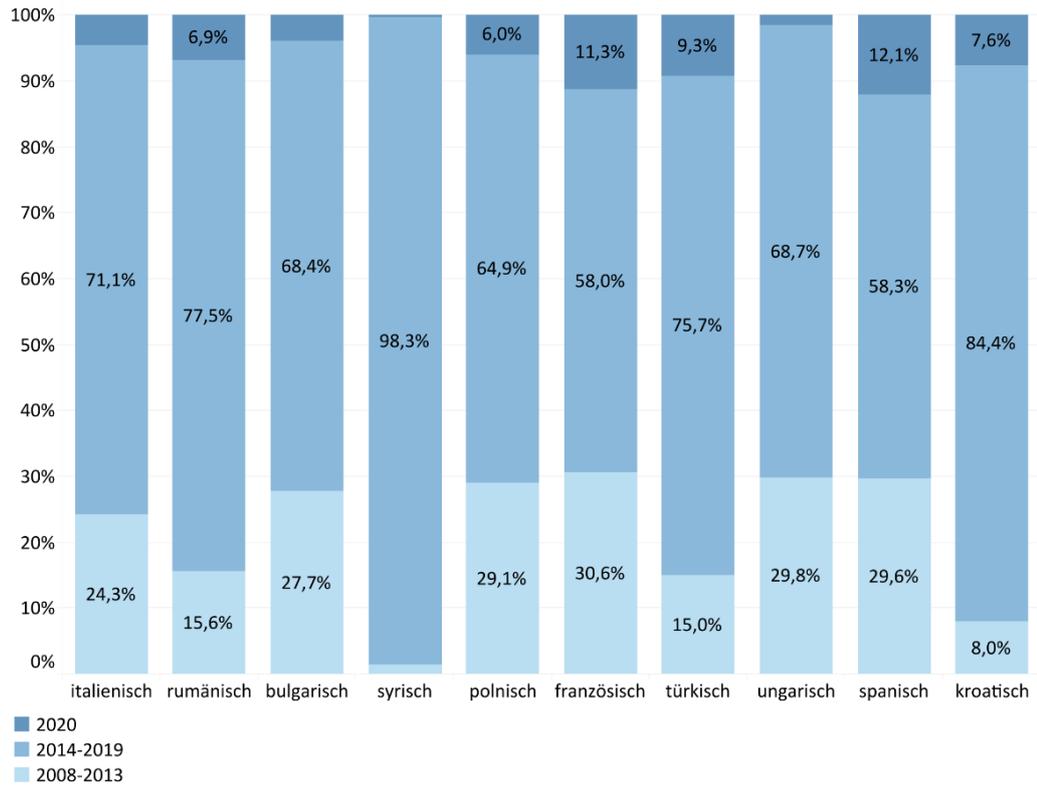


Abb. 4: Zuzug nach Deutschland

n = 960/653/568/523/417/289/210/153/134/70. Daten nach Geschlecht gewichtet. Werte unter 5,0 % werden nicht angezeigt. © Minor

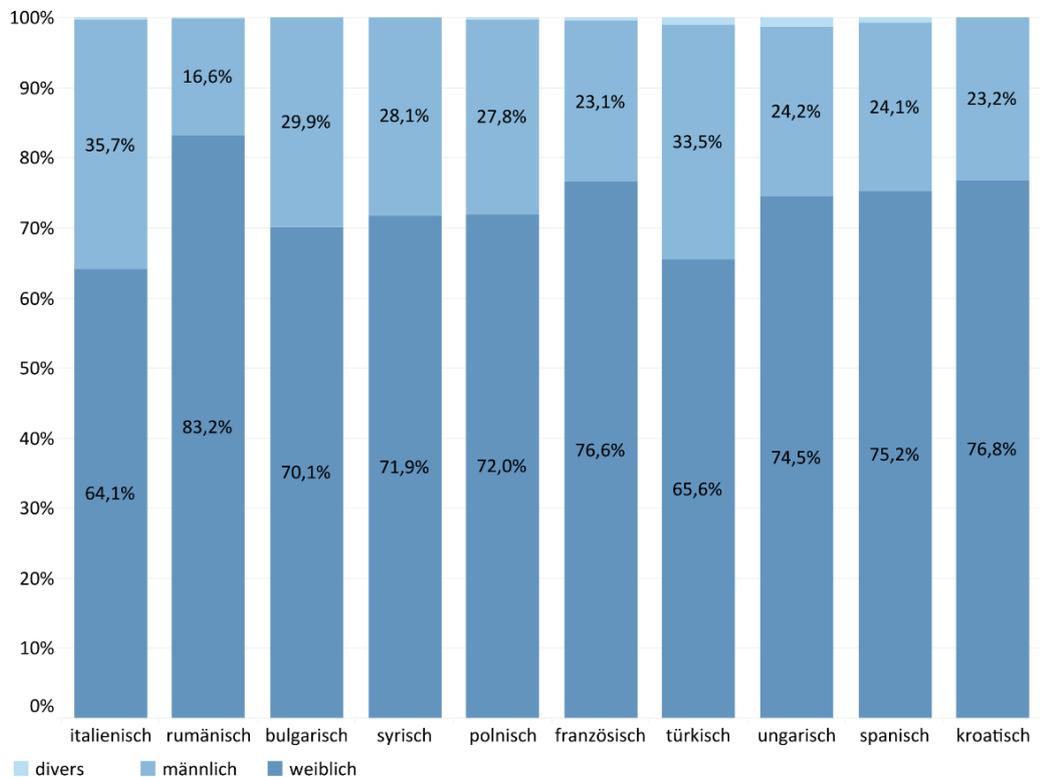


Abb. 5: Geschlecht der Befragten

n = 955/650/562/519/414/286/209/153/133/69. Werte unter 5,0 % werden nicht angezeigt. © Minor

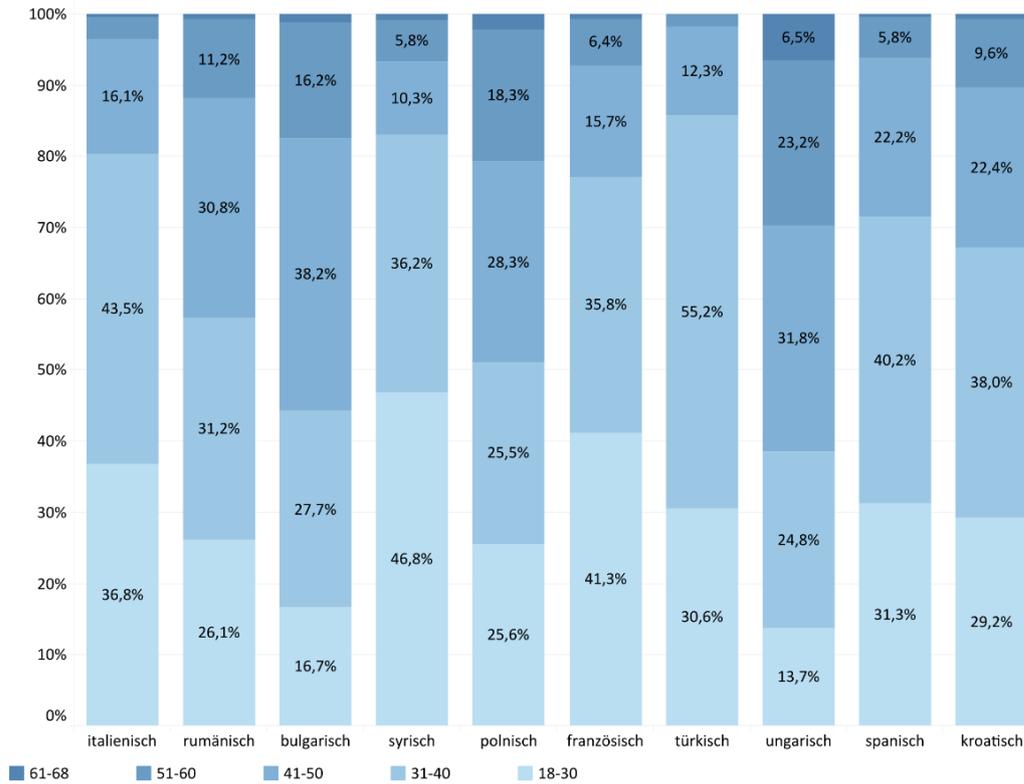


Abb. 6: Alter der Befragten

n = 936/650/562/519/414/286/209/153/128/133/69. Daten nach Geschlecht gewichtet. Werte unter 5,0 % werden nicht angezeigt. © Minor

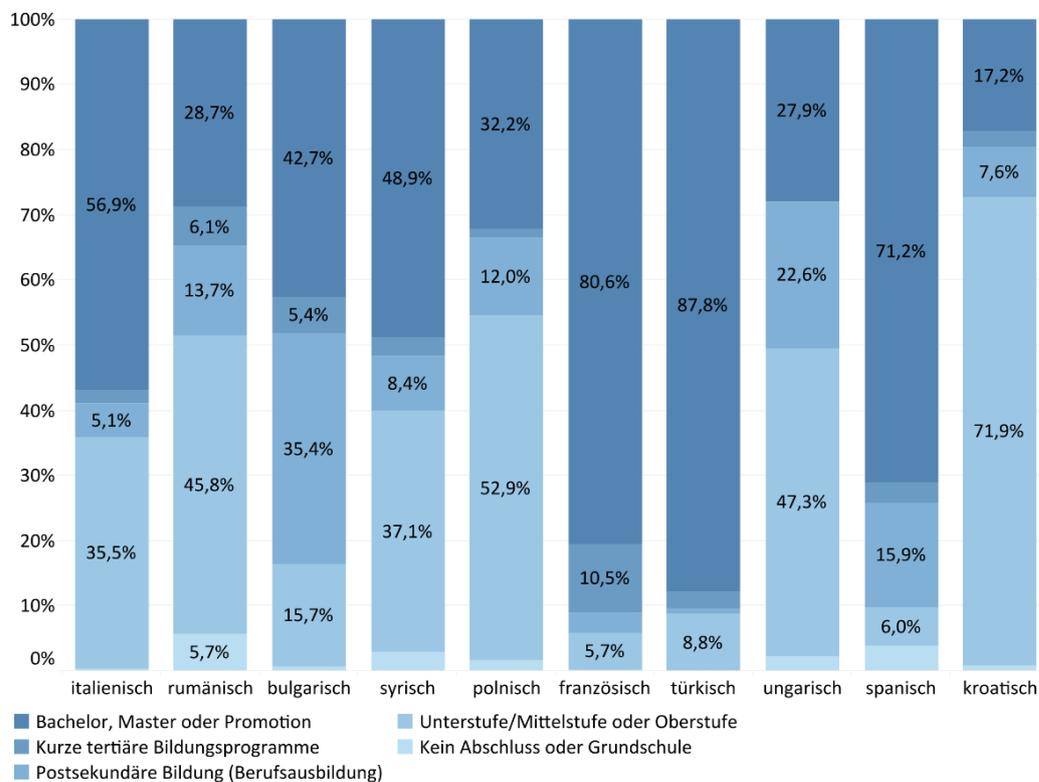


Abb. 7: Bildungsabschluss der Befragten

n = 960/653/568/523/417/289/210/153/134/70. Daten nach Geschlecht gewichtet. Werte unter 5,0 % werden nicht angezeigt. © Minor

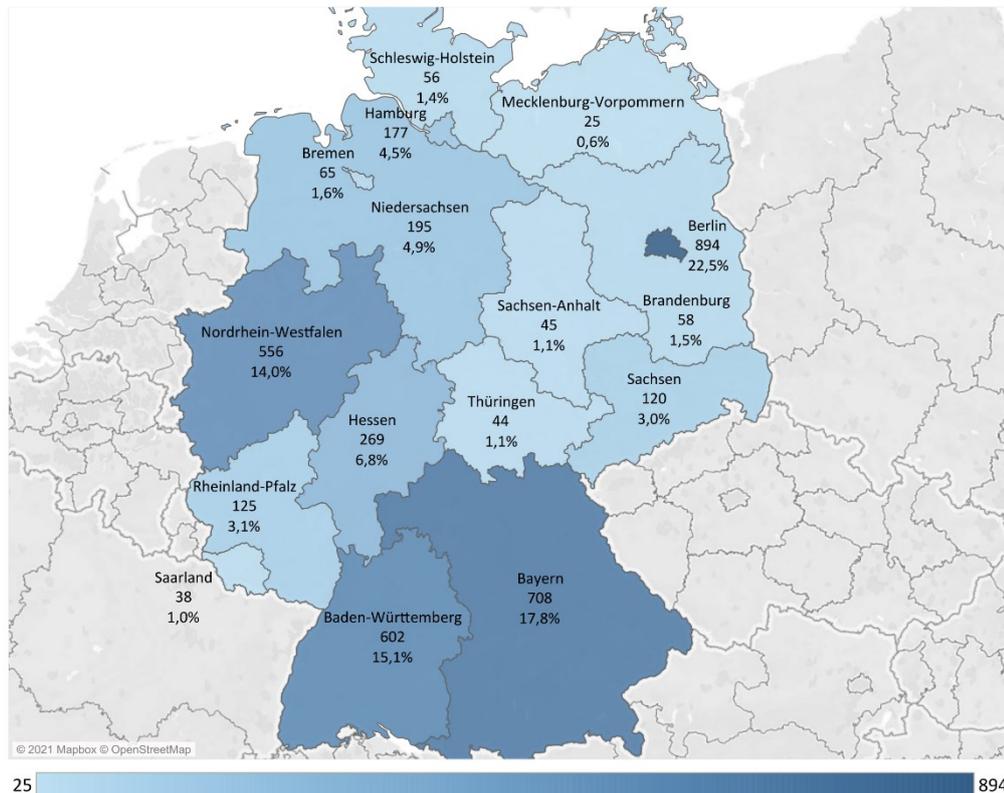


Abb. 8: Wohnort der Befragten
n = 3.977 © Minor

3.3 Vor der Corona-Krise: Die Situation der Befragten vor März 2020

Auf einen Blick

- Mit 69,8 % waren die meisten Befragten vor Beginn der Corona-Krise erwerbstätig, die Mehrzahl von ihnen in Vollzeit.
- Nur ein geringer Anteil der Teilnehmenden war vor Ausbruch der Pandemie in der Leiharbeit tätig.
- Die meisten Befragten waren vor März 2020 im Bereich Gastronomie, Hotellerie und Tourismus beschäftigt (13,2 %).

Die Ergebnisse im Detail

Die meisten Befragten waren vor Beginn der Corona-Krise erwerbstätig: 69,8 % der Teilnehmenden gaben an, dass ihre Hauptbeschäftigung vor dem 1. März 2020 **Arbeit** gewesen sei.

Mit 88,3 % bzw. 87,6 % war der Anteil der Erwerbstätigen bei Pol*innen und Ungar*innen am höchsten (vgl. Abb. 9). Eine Ausnahme sind die im Schnitt sehr jungen syrischen Teilnehmenden, die oft erst seit vergleichsweise kurzer Zeit in Deutschland leben: Hier waren vor Beginn der Corona-Krise nur 41,2 % erwerbstätig, während 18,9 % einen Sprachkurs besuchten, 16,4 % studierten und 7,2 % eine Ausbildung absolvierten.

Die meisten Personen, die vor Beginn der Corona-Krise gearbeitet haben, waren in **Vollzeit** erwerbstätig (Durchschnitt 68,8 %). Auch hier gibt es zwischen den Nationalitäten Disparitäten: So war der Anteil der Vollzeit Arbeitenden unter den türkischen und rumänischen Befragten am höchsten (84,5 % bzw. 78,4 %), am niedrigsten unter den spanischen und syrischen Teilnehmenden (62,6 % bzw. 63,1%) (vgl. Abb. 10).

Mit im Schnitt 15,2 % stand die Beschäftigung in **Teilzeit** in der Zeit vor Ausbruch der Pandemie auf Platz zwei der Beschäftigungsformen. Mit 17,5 % bzw. 16,2 % war der Anteil bei den Syrer*innen und Ungar*innen hier am höchsten (vgl. Abb. 10). In den übrigen Beschäftigungsformen wie Kurzarbeit, Minijob, Midijob oder Entsendung waren in allen Zuwanderungsgruppen jeweils nur wenige Befragte tätig – mit einer Ausnahme: 18,5 % bzw. 10,3 % der spanischen und französischen Befragten gaben an, vor März 2020 selbstständig gewesen zu sein.

Der Anteil der Befragten in der **Arbeitnehmerüberlassung** lag in allen Gruppen zum Teil deutlich unter 5,0 % (vgl. Abb. 10) – und damit leicht unter der durchschnittlichen Leiharbeiterquote von ausländischen Beschäftigten in der Bundesrepublik, die 2019 6,0 % betrug. Bei einzelnen Zuwanderungsgruppen war der Anteil der Beschäftigten, die 2019 als Leiharbeiter*innen tätig waren, noch höher: So waren 9,7 % bzw. 9,3 % aller ungarischen und rumänischen Staatsangehörigen in der Arbeitnehmerüberlassung tätig; bei Erwerbstätigen aus den Asylherkunftsstaaten³, zu denen auch Syrien zählt, waren es 11,9 % (BA 2020c). Betrachtet man bei den vor der Corona-Krise erwerbstätigen Personen ausschließlich die **weiblichen Befragten**, ergibt sich ein etwas anderes Bild: Mit 64,8 % lag der Anteil der erwerbstätigen Frauen etwas unter dem Durchschnitt (69,8 %). Auch bei den Beschäftigungsformen gibt es Unterschiede. So ist mit 62,0 % der Anteil der in Vollzeit arbeitenden Frauen niedriger als im Durchschnitt, während der Anteil der in Teilzeit tätigen weiblichen Befragten mit 20,0 % höher im Schnitt ausfällt.

Die meisten Befragten waren vor März 2020 im Bereich **Gastronomie, Hotellerie und Tourismus** tätig: Mit 13,2 % war ihr Anteil mehr als doppelt so hoch wie der durchschnittliche Anteil von ausländischen Beschäftigten in dieser Branche, der 2019 bei 6,5 % lag (BA 2020c). Bei der Online-Umfrage fiel der Anteil der im Bereich Gastronomie, Hotellerie und Tourismus Beschäftigten bei einigen Nationalitäten noch höher aus: So gaben 20,6 % der italienischen Teilnehmenden sowie 19,4 % der spanischen Befragten an, vor Beginn der Corona-Krise dort gearbeitet zu haben (vgl. Abb. 11). Angesichts der zeitweisen Schließungen und der Reisebeschränkungen sind Gastronomie, Hotellerie und Tourismus die von den Corona-Maßnahmen am stärksten betroffenen Branchen. So lag der Umsatz in der Gastronomie in den Monaten März bis August 2020 um 40,5 % unter dem des Vorjahreszeitraums (Statistisches Bundesamt 2020a).

Mit 11,4 % stand Verkehr und Logistik auf Platz zwei der unter den Befragten vor Ausbruch der Krise am häufigsten vertretenen Branchen. Es folgten Produktion (8,2 %), Medizin und Gesundheit (6,5 %) sowie Bau, Architektur und

³ Neben Syrien führt die BA sieben weitere nichteuropäische Länder als Hauptasylherkunftsstaaten: Eritrea, Nigeria, Somalia, Afghanistan, Irak, die Islamische Republik Iran und Pakistan (BA 2020d).

Vermessung (6,3 %). In einigen Zuwanderungsgruppen gibt es deutliche Abweichungen: So waren 24,1 % der türkischen Befragten im Ingenieurwesen sowie 22,0 % im Bereich Informatik und Kommunikationstechnologien tätig. Mit 19,5 % bzw. 18,9 % waren die meisten Befragten aus Kroatien und Rumänien in der Verkehrs- und Logistikbranche beschäftigt (vgl. Abb. 11). Überdurchschnittlich viele Syrer*innen (10,4 %) arbeiteten im Bereich Medizin und Gesundheit.

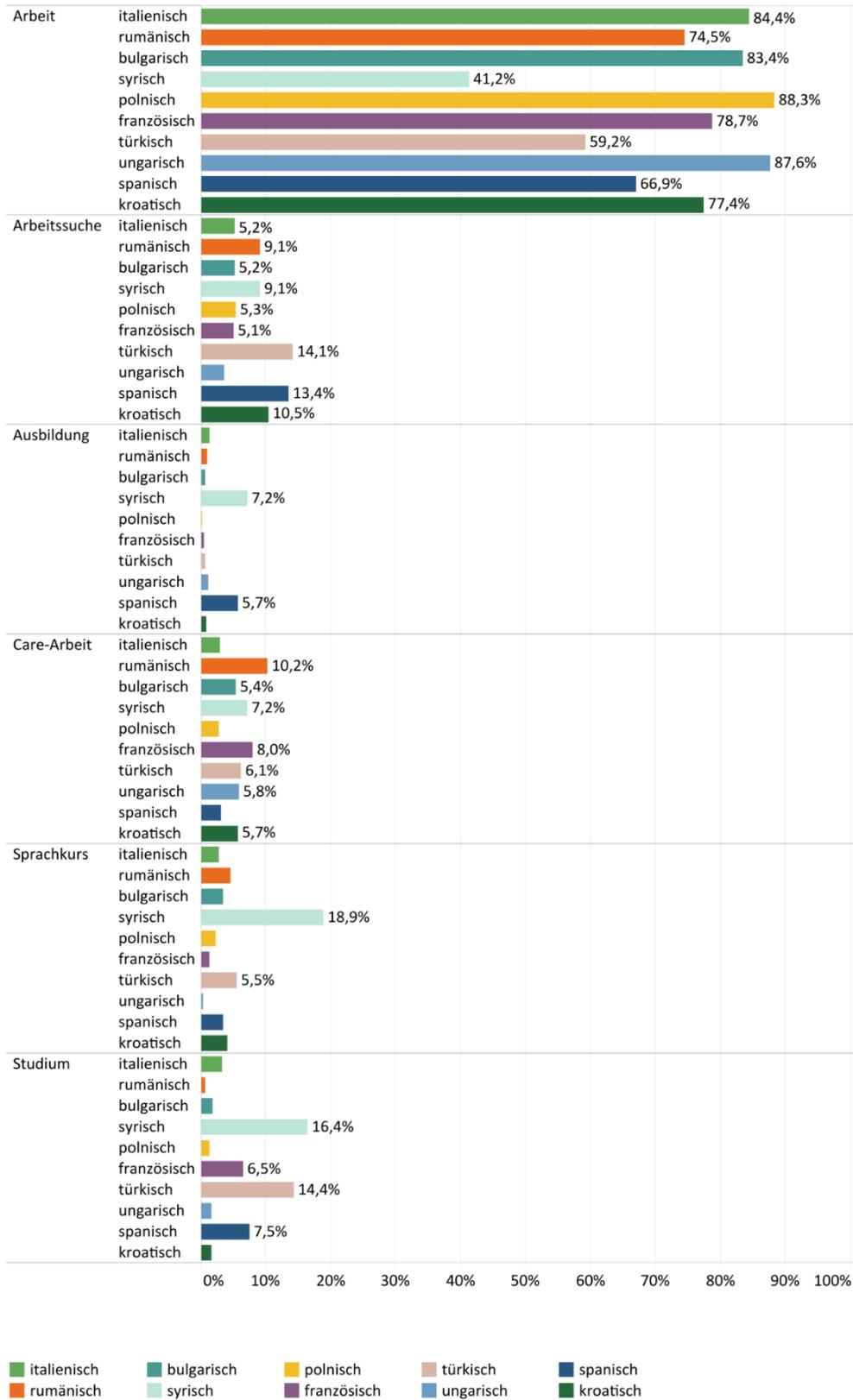


Abb. 9: Beschäftigung vor Ausbruch der Corona-Krise

Antworten auf die Frage „Was war Ihre Hauptbeschäftigung vor Ausbruch der Corona-Krise?“
 n nach Staatsangehörigkeit, nicht nach Beschäftigungsart =
 938/631/551/513/398/286/198/146/126/69. Daten nach Geschlecht gewichtet. Werte unter
 5,0 % werden nicht angezeigt. © Minor

Lebenslagen in Krisenzeiten. Neuzugewanderte in der Corona-Krise

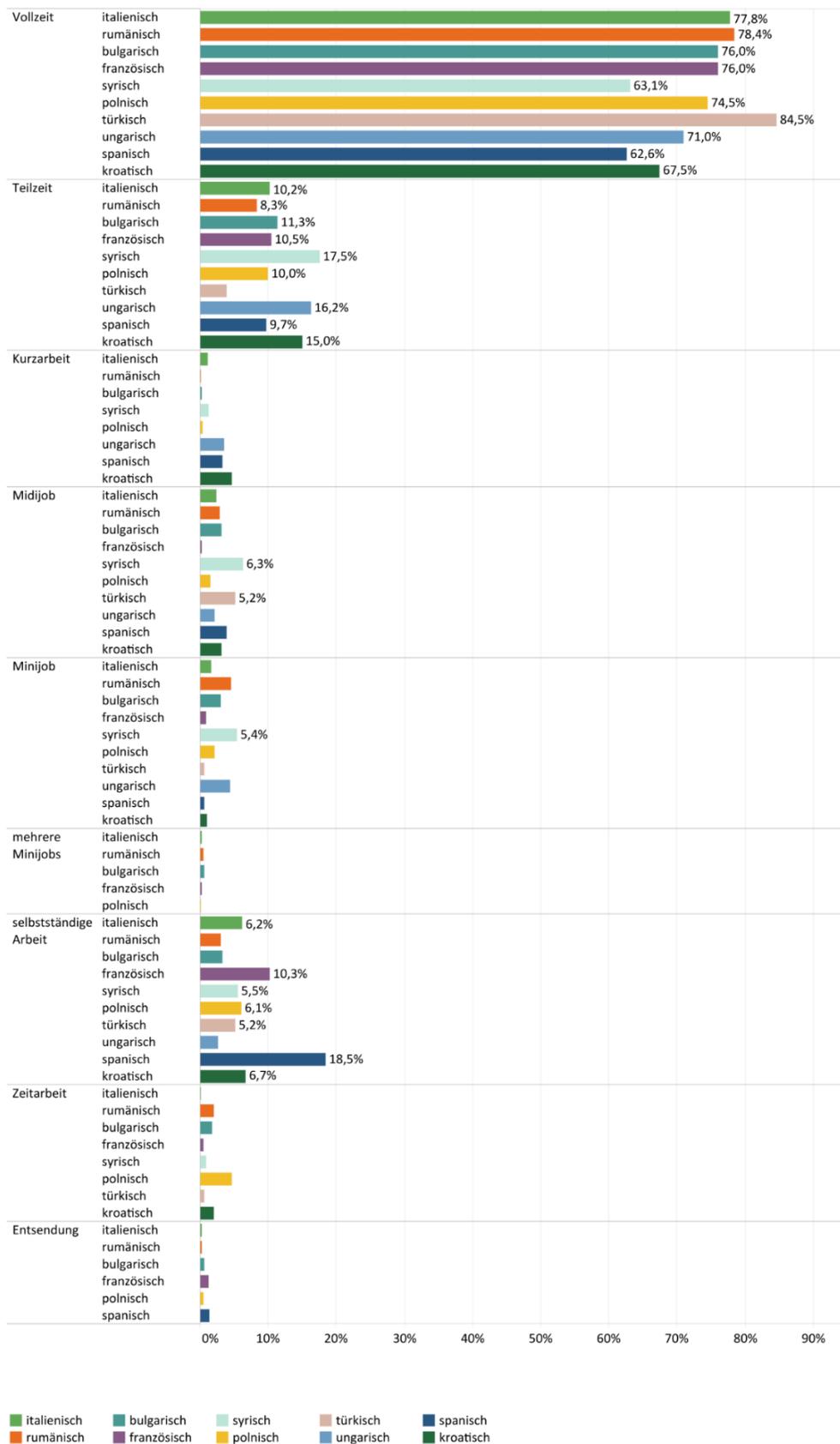


Abb. 10: Beschäftigungsform vor Ausbruch der Corona-Krise

n (Staatsangehörigkeiten) = 780/403/438/223/210/341/109/120/91/48. Daten nach Geschlecht gewichtet. Werte unter 5,0 % werden nicht angezeigt. © Minor

Fachstelle Einwanderung

Branche	italienisch	rumänisch	bulgarisch	syrisch	polnisch	französisch	türkisch	ungarisch	spanisch	kroatisch	Gesamtsumme
Bau, Architektur und Vermessung	4,8%	7,0%	8,8%	4,5%	11,1%	2,1%	5,7%	3,1%	2,1%	13,9%	6,3%
Dialogmarketing (Callcenter, Teleservice usw.)	3,1%	0,8%	0,1%	0,2%	0,5%	1,4%	0,6%		2,1%	1,0%	1,3%
Finanz- und Steuerdienstleistungen, Recht	3,0%	0,9%	2,2%	6,9%	1,0%	6,5%	4,5%	0,4%			2,7%
Gastronomie, Hotellerie und Tourismus	20,6%	9,3%	14,1%	15,5%	6,6%	6,6%	1,9%	13,2%	19,4%	6,2%	13,2%
Geistes-, Gesellschafts- und Wirtschaftswissenschaften	2,1%	0,3%	0,5%	3,2%	1,2%	2,0%	1,8%	3,1%	3,9%		1,6%
Handel und Verkauf (außer Lebensmittel)	6,8%	4,1%	3,0%	5,4%	5,4%	11,7%	1,2%	4,4%	2,8%	8,8%	5,4%
Lebensmittelherstellung und -handel	3,9%	10,2%	3,5%	1,3%	9,2%	0,6%	3,3%	3,1%	2,5%	10,3%	5,0%
Informatik und Kommunikationstechnologien	7,5%	1,7%	3,8%	10,5%	2,4%	9,5%	22,0%	3,6%	6,0%		6,0%
Ingenieurwesen	5,6%	0,1%	3,9%	5,4%	2,8%	15,5%	24,1%	12,5%	5,8%	5,7%	5,9%
Kunst, Kultur und Unterhaltung	4,8%	1,5%	1,1%	3,3%	1,8%	3,0%	5,8%	0,4%	15,7%		3,1%
Land-, Forst- und Tierwirtschaft und Gartenba..	0,3%	0,4%	1,2%		2,8%	0,3%			0,7%	4,6%	0,8%
Mathematik und Naturwissenschaften	3,4%		0,1%	0,9%	1,8%	3,5%	3,1%	0,0%	2,5%		1,7%
Medien, Öffentlichkeitsarbeit und Verlage	1,0%		0,4%	3,3%	0,2%	6,0%	1,9%		1,4%		1,2%
Medizin und Gesundheit	8,3%	4,5%	5,9%	10,4%	7,0%	1,3%	9,4%	4,8%	1,4%	7,7%	6,5%
Pflege und Gesundheitstechnik	0,8%	3,6%	3,0%	3,7%	1,6%	2,4%		5,7%	2,1%		2,3%
Pädagogik, Sozialarbeit	3,3%	1,9%	2,4%	9,1%	1,2%	10,1%	2,4%	3,5%	4,9%	1,0%	3,7%
Produktion außer Ingenieurwesen	4,2%	13,7%	12,2%	4,7%	15,1%	1,3%	0,6%	7,5%	5,8%	7,7%	8,2%
Reinigung	3,0%	13,7%	8,0%	1,3%	6,5%			5,2%	3,9%	9,3%	5,7%
Sicherheit und Überwachung	0,4%	0,1%	1,1%	2,8%	0,9%		1,3%				0,7%
Unternehmensführung und -organisation	2,0%	0,7%	0,8%	0,9%	1,9%	5,0%	0,6%	2,7%	3,9%		1,7%
Verkehr und Logistik außer Zustellungs- und Lieferdienste	6,8%	18,9%	18,8%	5,1%	11,7%	5,2%	6,5%	12,0%	6,5%	19,5%	11,4%
Verwaltung und Mediendokumentation	0,9%	0,2%	0,6%	0,2%	0,5%	2,1%	1,3%			2,1%	0,7%
Werbung und Marketing außer Dialogmarketing	2,1%	0,1%	1,2%	1,3%	0,9%	4,1%	1,9%	3,6%	6,7%	2,1%	1,8%
Zustellungs- und Lieferdienste	1,1%	6,1%	3,3%		5,9%			11,2%			3,0%
Gesamtsumme	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Abb. 11: Branchen

n (Staatsangehörigkeiten) = 780/403/438/210/341/223/109/120/91/48. Daten nach Geschlecht gewichtet. © Minor

3.4 Die Lage der Befragten seit Beginn der Corona-Krise

Auf einen Blick

→ 19,5 % der Befragten, die vor März 2020 gearbeitet oder eine Ausbildung gemacht haben, waren zum Zeitpunkt der Befragung nicht mehr beim selben Arbeitgebenden beschäftigt wie vor Beginn der Corona-Krise.

→ Mit 30,7 % ist der Anteil derjenigen, die nicht mehr beim selben Arbeitgebenden wie vor Beginn der Krise beschäftigt sind, bei den syrischen Befragten am höchsten.

→ 28,5 % der erwerbstätigen Befragten haben seit Beginn der Corona-Krise Kurzarbeitergeld erhalten oder bezogen es zum Zeitpunkt der Befragung noch.

→ Bei 33,8 % der Kurzarbeiter*innen reichte das Kurzarbeitergeld nicht für lebensnotwendige Ausgaben wie Miete und Lebensmittel.

Die Ergebnisse im Detail

Verlust des Arbeitsplatzes

Zum Zeitpunkt der Umfrage im September und Oktober 2020 waren im Schnitt 19,5 % der Befragten, die vor Beginn der Krise in Arbeit oder Ausbildung waren, nicht mehr beim selben Arbeitgebenden angestellt wie vor Beginn der Corona-Krise. Davon hatten 38,3 % eine Kündigung erhalten, 29,7 % hatten von sich aus gekündigt, bei 24,0 % war ein befristeter Vertrag ausgelaufen und bei 8,0 % das Unternehmen komplett geschlossen worden. Das heißt: Bei mindestens 46,3 % Personen, die nicht mehr beim selben Arbeitgebenden wie im März 2020 beschäftigt waren, war diese Veränderung nicht auf ihren eigenen Wunsch zurückzuführen, da sie ihren Job entweder wegen einer Kündigung seitens des Unternehmens oder wegen einer Betriebsschließung verloren hatten. Dabei ist zu beachten, dass es sich bei den Teilnehmenden der Online-Umfrage um Personen mit einem hohen Bildungsniveau handelt (siehe S. 10 und Abb. 7). Deswegen ist zu vermuten, dass die Befragungsergebnisse v. a. zum Verlust des Arbeitsplatzes eher die Untergrenze darstellen und dass insgesamt Neuzugewanderte stärker von den Auswirkungen der Corona-Krise auf den Arbeitsmarkt betroffen sein könnten.

Gemessen an allen erwerbstätigen Befragten (also nicht nur an denjenigen, die seitdem nicht mehr beim selben Arbeitgebenden sind), haben seit Beginn der Corona-Maßnahmen 7,7 % ihren Arbeitsplatz durch Kündigung oder Betriebschließung verloren. Bei einer repräsentativen [Umfrage der Bertelsmann Stiftung](#), an der zwischen Februar und Juni 2020 rund 3.000 Migrant*innen und in der Bundesrepublik geborene Personen teilnahmen, gaben lediglich 2 % an, seit Beginn der Corona-Pandemie ihren Arbeitsplatz verloren zu haben oder freigestellt worden zu sein (Brand et al. 2020: 58). Weil die Ergebnisse der Umfrage, auf der dieses Working Paper basiert, nicht repräsentativ sind, sind die Zahlen nur bedingt miteinander vergleichbar. Allerdings können sie als weiteres Indiz dafür verstanden werden, dass Migrant*innen stärker als andere Bevölkerungsgruppen von der Krise auf dem Arbeitsmarkt betroffen sind – ein Befund, der sich mit anderen statistischen Analysen der IQ Fachstelle Einwanderung deckt. Danach fällt der Anstieg der Arbeitslosigkeit bei Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft deutlich höher aus als bei Deutschen, wie die Zahlen für April 2020 zeigen: Während im ersten vollen Monat nach Beginn der Pandemie

16,0 % mehr Deutsche arbeitslos gemeldet waren als im Vorjahresmonat, nahm die Arbeitslosigkeit bei Menschen aus den Asylherkunftsstaaten um 24,1 % zu und bei EU-Staatsangehörigen um 31,5 % (Becker et al. 2020).

Beim Blick auf die verschiedenen Zuwanderungsgruppen fällt auf, dass der Anteil der Personen, die im Herbst 2020 nicht mehr beim selben Arbeitgebenden wie vor Beginn der Krise angestellt waren, bei den syrischen Befragten mit 30,7 % am höchsten ist (vgl. Abb. 12). Ein möglicher Grund: Weil die syrischen Teilnehmenden noch nicht so lange in Deutschland leben (siehe S. 9 und Abb. 4), wird ihnen in der Krise schneller als anderen Zuwanderungsgruppen gekündigt. Mit 20,4 % bzw. 19,0 % ist auch der Anteil der rumänischen, bulgarischen und polnischen Teilnehmenden, die nicht mehr beim selben Arbeitgebenden beschäftigt sind, höher als im Durchschnitt. Dies könnte u. a. damit zusammenhängen, dass die Befragten dieser drei Zuwanderungsgruppen im Vergleich mit anderen Teilnehmenden häufiger über ein niedrigeres Bildungsniveau verfügen (siehe S. 10 und Abb. 7) und nun ihre Anstellungen eher verlieren als Zugewanderte mit akademischen Abschlüssen. Dies bestätigt die Vermutung der bereits genannten Studie der Bertelsmann Stiftung, dass „ein höheres Bildungsniveau mit entsprechenden beruflichen Anforderungen bzw. Spielräumen [...] die Möglichkeiten [verbessert], relativ gut durch die Pandemie zu gelangen“ (Brand et al. 2020: 59). Es könnte sich darüber hinaus auch um einen Effekt der zirkulären EU-Migration handeln, der sich in einer Arbeitsmarktkrise dahingehend auswirkt, dass Arbeitnehmende mit kurzer Betriebszugehörigkeit vor Arbeitnehmenden mit längerer Betriebszugehörigkeit entlassen werden.

Bezug von Kurzarbeitergeld

Um Unternehmen in der Corona-Krise trotz wegbrechender Aufträge die Möglichkeit zu geben, ihre Arbeitnehmer*innen weiter zu beschäftigen, erleichterte die Bundesregierung am 16. März 2020 den Zugang zum **Kurzarbeitergeld** (KUG). Arbeitnehmer*innen erhalten als Ersatz für den ihnen entfallenen Lohn bis zu 87 % ihres Nettoeinkommens⁴ von der für sie zuständigen Agentur für Arbeit (BMF 2020). Zum Zeitpunkt der Online-Umfrage im September und Oktober 2020 bezogen 11,7 % der erwerbstätigen Teilnehmenden KUG (vgl. Abb. 13). Dieser Anteil ist höher als die letzte verfügbare Kurzarbeiterquote, also der Anteil der Kurzarbeiter*innen an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland, der laut Hochrechnung der BA im August 2020 bei 7,7 % lag (BA 2020e). 16,8 % der erwerbstätigen Befragten gaben an, vor Herbst 2020 KUG erhalten zu haben. Dies deckt sich in etwa mit der höchsten für das Jahr 2020 errechneten Kurzarbeiterquote: Im April 2020 waren 17,9 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland in Kurzarbeit (BA 2020e).

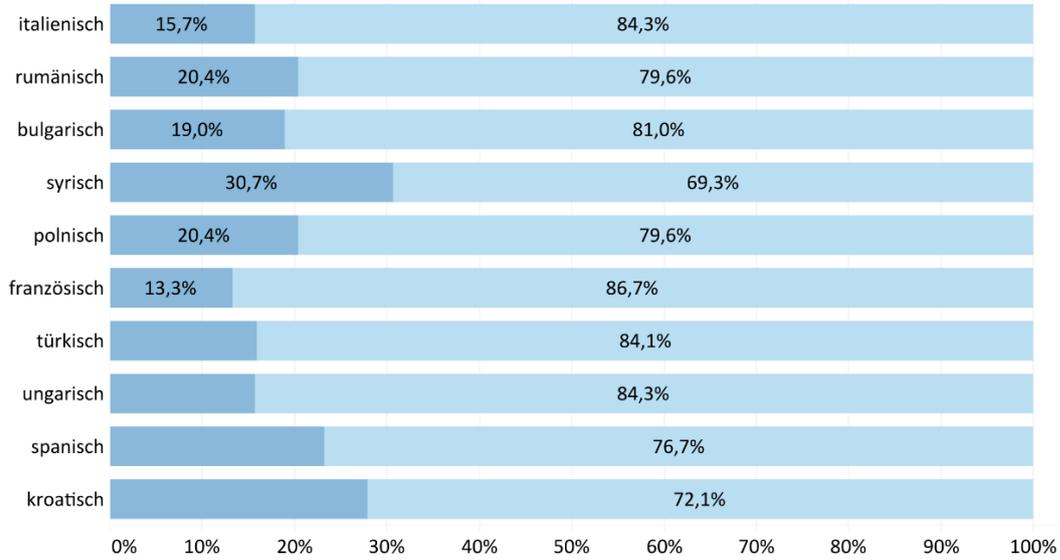
⁴ Für alle Beschäftigten mit Entgeltausfall von mindestens 50 %, deren Anspruch auf Kurzarbeitergeld bis zum 31.3.2021 entstanden ist, gilt befristet bis 31.12.2021: Ab dem vierten Bezugsmonat wird das KUG auf 70 % bzw. 77 % für Haushalte mit Kindern angehoben. Ab dem siebten Monat Kurzarbeit steigt das KUG auf 80 % des entfallenen Nettolohns bzw. 87 % für Haushalte mit Kindern.

Insgesamt haben 28,5 % der erwerbstätigen Befragten seit Beginn der Corona-Krise KUG erhalten oder bezogen es zum Zeitpunkt der Befragung noch. Am stärksten von Kurzarbeit betroffen sind Beschäftigte in den Branchen Gastronomie, Hotellerie und Tourismus, Produktion sowie Verkehr und Logistik. Zwischen den verschiedenen Zuwanderungsgruppen gibt es keine wesentlichen Unterschiede.

Die finanzielle Lage der Kurzarbeiter*innen unterscheidet sich indes erheblich (vgl. Abb. 14). Weil nicht genügend Antworten von Befragten aus den anderen Zuwanderungsgruppen vorlagen, um diese statistisch auszuwerten, wurden ausschließlich der Antworten der Teilnehmenden aus Italien, Rumänien, Bulgarien, Syrien und Polen berücksichtigt. 413 Befragte bzw. 48,5 % aller Kurzarbeiter*innen aus diesen fünf Staaten kommen mit dem KUG gut zurecht. 306 Befragte (33,8 %) gaben allerdings an, dass ihr Kurzarbeitergeld nicht für das Lebensnotwendige wie Miete, Krankenversicherung und Lebensmittel reicht. 117 Teilnehmende (13,6 %) mussten sich deswegen im privaten Umfeld Geld leihen, 72 Befragte (7,7 %) beantragten Sozialleistungen wie Wohngeld oder „Hartz IV“. 59 Teilnehmende (6,9 %) waren gezwungen, sich zusätzlich zu ihrem Arbeitsverhältnis in Kurzarbeit einen Nebenjob zu suchen.⁵

Weil nur wenige **Selbstständige** an der Umfrage teilgenommen haben, kann das vorliegende Working Paper keine Aussagen zu den wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Krise auf selbstständige Neuzugewanderte machen, also z. B. zum Bezug von Corona-Hilfen durch Unternehmer und Selbstständige mit Migrationserfahrung.

⁵ Um die Einkommensverluste abzumildern, wurde die Möglichkeit eines anrechnungsfreien Zuverdienstes während des Bezuges von Kurzarbeitergeld geschaffen: Beschäftigte in Kurzarbeit können einen Verdienst aus einer während der Kurzarbeit neu aufgenommenen Nebenbeschäftigung bis zur Höhe ihres ursprünglichen Einkommens haben, ohne dass dieser auf das Kurzarbeitergeld angerechnet wird. Sogenannte Minijobs werden in voller Höhe nicht angerechnet (BMAS: 2020).



■ nein ■ ja
Abb. 12: Weiterbeschäftigung beim Arbeitgebenden

Antwort auf die Frage: „Sind Sie weiterhin beim selben Arbeitgebenden angestellt wie vor Ausbruch der Corona-Krise?“

n = 718/384/415/161/317/197/101/112/70/44. Kategorien unter 30 Antworten sind nicht beschriftet. Daten nach Geschlecht gewichtet. © Minor

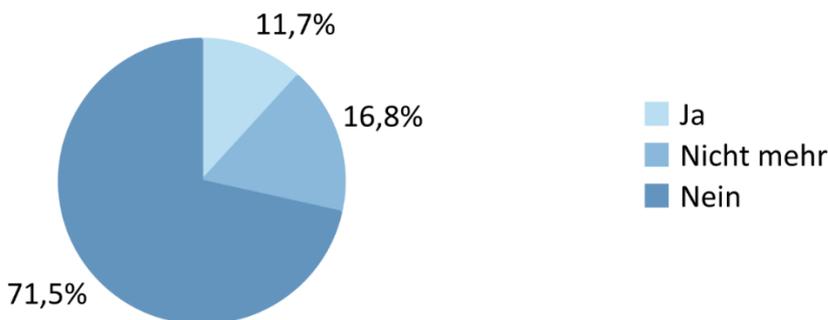
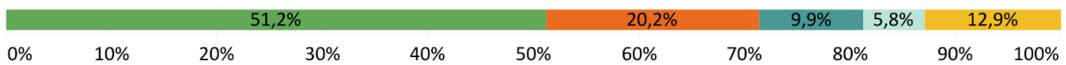


Abb. 13: Erhalt von Kurzarbeitergeld

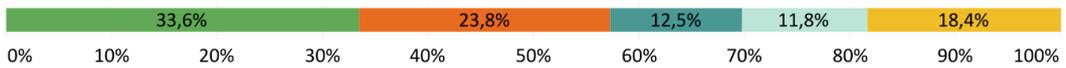
Antwort auf die Frage: „Haben Sie während der Corona-Krise Kurzarbeitergeld erhalten bzw. erhalten Sie zurzeit Kurzarbeitergeld?“ (Auswertung für Personen in Arbeit oder Ausbildung) n = 321/461/2736 Daten nach Geschlecht gewichtet. © Minor

Lebenslagen in Krisenzeiten. Neuzugewanderte in der Corona-Krise

Trotz Kurzarbeitergeld bin ich nicht in eine finanzielle Notlage geraten (von 413 Befragten angegeben).



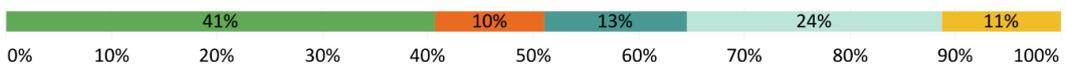
Das Kurzarbeitergeld war/ist zu gering, um davon zu leben (das heißt zu wenig für Miete, Essen, Krankenversicherung) (von 306 Befragten angegeben).



Das Kurzarbeitergeld war/ist zu gering und ich musste mir Geld leihen (von 117 Befragten angegeben).



Das Kurzarbeitergeld war/ist zu gering, und ich musste zusätzliche Leistungen beantragen (Wohngeld, Arbeitslosengeld II - "Hartz-IV") (von 72 Befragten angegeben).



Das Kurzarbeitergeld war/ist zu gering und ich musste mir einen Nebenjob suchen (von 59 Befragten angegeben).



■ italienisch ■ rumänisch ■ bulgarisch ■ syrisch ■ polnisch

Abb. 14: Finanzielle Lage bei Bezug von Kurzarbeitergeld

Daten nach Geschlecht gewichtet. Mehrfachnennung möglich. Kategorien unter 30 Antworten sind nicht beschriftet. © Minor

3.5 Arbeitslosigkeit und finanzielle Engpässe: Sorgen und Ängste

Auf einen Blick

→ 18,6 % aller Befragten halten die Wahrscheinlichkeit, wegen der Krise ihren Arbeitsplatz zu verlieren, für hoch oder mäßig hoch.

→ 12,9 % aller Teilnehmenden sind wegen der Corona-Krise in finanziellen Schwierigkeiten.

→ 6,9 % aller Befragten beziehen bereits Sozialleistungen; weitere 31,9 % halten es für wahrscheinlich, dass sie innerhalb des nächsten Jahres Sozialleistungen beantragen müssen.

→ 8,9 % aller Teilnehmenden können wegen der Krise kein Geld mehr in ihr Herkunftsland schicken; weitere 32,7 % halten es für mäßig oder sehr wahrscheinlich, dass sie in Zukunft Familie oder Freund*innen in ihrem Herkunftsland nicht mehr finanziell unterstützen können.

Die Ergebnisse im Detail

Neben der tatsächlichen Lage der Befragten nahm die Umfrage auch ihre Befürchtungen und Erwartungen in den Blick. Dabei orientierten sich die Fragen zu Sorgen und Ängsten an der Studie „[SOEP-CoV](#)“ des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP 2020).

Die meisten Befragten gehen eher nicht davon aus, wegen der Corona-Krise innerhalb des nächsten Jahres ihren **Arbeitsplatz** zu verlieren: Im Schnitt schätzen 42,8 % der Teilnehmenden die Wahrscheinlichkeit dafür als gering ein,

18,1 % als mittel und 8,1 % als hoch. Weitere 6,3 % gaben an, wegen der Pandemie ihren Arbeitsplatz bereits verloren zu haben. Am höchsten ist dieser Anteil bei den Befragten aus Kroatien und Spanien (17,9 % bzw. 11,4 %).

Verglichen mit anderen Bevölkerungsgruppen machen sich die befragten Neuzugewanderten jedoch deutlich größere Sorgen um ihren Job. So hielten es bei einer repräsentativen [Online-Umfrage im Auftrag des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung](#) im Juni 2020 16 % der 18 bis 39-Jährigen für eher, sehr oder extrem wahrscheinlich, dass ihren Arbeitsplatz wegen der Corona-Krise verlieren werden; bei den älteren Befragten war der Anteil niedriger (Leuker et al. 2020:19).

Am optimistischsten sind die Befragten aus Frankreich und Ungarn: 56,6 % bzw. 53,5 % gehen eher nicht davon aus, im Zuge der aktuellen Krise ihren Job zu verlieren (vgl. Abb. 15). Die größten Sorgen um ihren Arbeitsplatz machen sich die Teilnehmenden aus Spanien und Italien. 42,7 % bzw. 32,1 % schätzen die Wahrscheinlichkeit, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, mittel oder hoch ein.

Die meisten Befragten gehen davon aus, dass sie wegen der Corona-Krise in **finanzielle Schwierigkeiten** geraten werden: Im Schnitt halten es 44,1 % der Teilnehmenden für mäßig oder sehr wahrscheinlich, dass sie innerhalb der nächsten zwölf Monate wegen Zahlungsschwierigkeiten auf Ersparnisse zurückgreifen müssen. 12,9 % haben bereits finanzielle Schwierigkeiten und müssen deswegen ihre finanziellen Reserven angreifen, während 31,5 % der Befragten finanzielle Schwierigkeiten in der Zukunft für eher unwahrscheinlich halten. Insgesamt machen sich die befragten Neuzugewanderten mehr finanzielle Sorgen als andere Bevölkerungsgruppen. So hielten es bei der repräsentativen Online-Umfrage im Auftrag des Max-Planck-Instituts weniger als 30 % für eher, sehr oder extrem wahrscheinlich, wegen der Corona-Krise in finanzielle Schwierigkeiten zu geraten (Leuker et al. 2020:19).

Am höchsten ist der Anteil derjenigen, die wegen der Corona-Krise bereits in einer finanziellen Notlage sind, bei den rumänischen und kroatischen Befragten: 18,6 % bzw. 17,7 % gaben an, bereits auf Ersparnisse zurückgreifen zu müssen (vgl. Abb. 16). Besonders sorgenvoll blicken die Teilnehmenden aus Spanien und Bulgarien in die Zukunft: 66,6 % bzw. 49,4 % halten es für mäßig oder sehr wahrscheinlich, dass sie in den nächsten zwölf Monaten wegen Zahlungsschwierigkeiten ihre Reserven angreifen müssen. Optimistischer sind die französischen und italienischen Befragten. 53,1 % bzw. 38,1 % schätzen es als eher unwahrscheinlich ein, in finanzielle Engpässe zu geraten.

Die meisten Befragten gehen nicht davon aus, wegen finanzieller Schwierigkeiten innerhalb der nächsten zwölf Monate **Sozialleistungen** beantragen zu müssen: 44,4 % der Teilnehmenden schätzen die Wahrscheinlichkeit dafür als gering ein. 31,9 % halten es für mäßig oder sehr wahrscheinlich, dass sie wegen Zahlungsschwierigkeiten einen Antrag auf Sozialleistungen stellen müssen. 6,9 % beziehen wegen der Corona-Krise bereits Sozialleistungen.

Lebenslagen in Krisenzeiten. Neuzugewanderte in der Corona-Krise

Für wie groß halten Sie die Wahrscheinlichkeit, dass Sie infolge der Corona-Krise innerhalb der nächsten zwölf Monate Ihren Arbeitsplatz aufgrund einer Kündigung/Betriebsschließung verlieren?

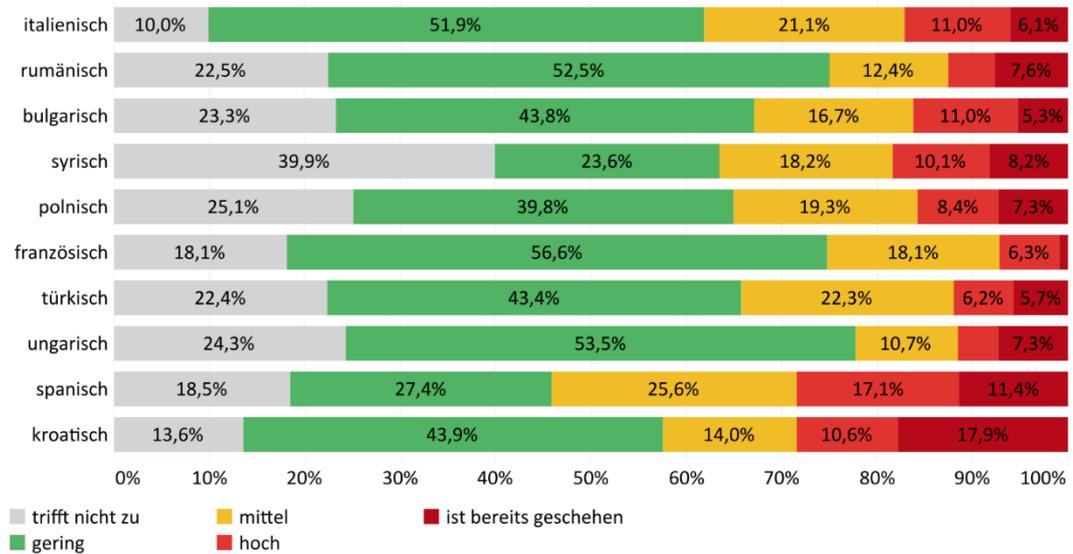


Abb. 15: Sorgen vor Verlust des Arbeitsplatzes

n = 870/551/496/416/360/277/181/134/130/59. Daten nach Geschlecht gewichtet. Werte unter 5,0 % werden nicht angezeigt. © Minor

Für wie groß halten Sie die Wahrscheinlichkeit, dass Sie infolge der Corona-Krise innerhalb der nächsten zwölf Monate in Zahlungsschwierigkeiten geraten, sodass Sie auf Ersparnisse zurückgreifen müssen?

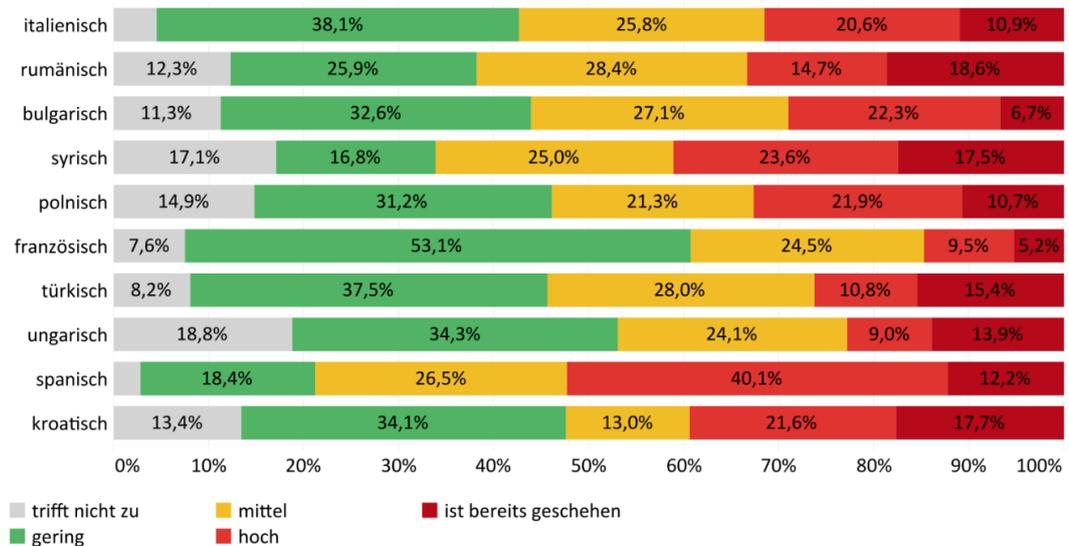


Abb. 16: Finanzielle Sorgen

n = 894/583/492/430/372/286/191/139/127/64. Daten nach Geschlecht gewichtet. Werte unter 5,0 % werden nicht angezeigt. © Minor

Für wie groß halten Sie die Wahrscheinlichkeit, dass Sie infolge der Corona-Krise innerhalb der nächsten zwölf Monate in Zahlungsschwierigkeiten geraten und Sozialleistungen beantragen müssen?

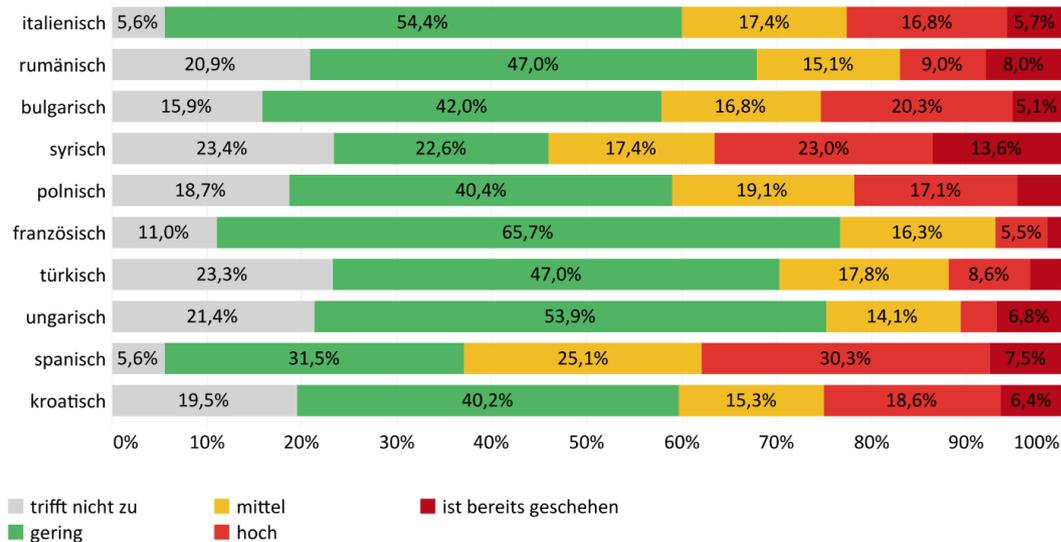


Abb. 17: Wahrscheinlichkeit, Sozialleistungen beantragen zu müssen

n = 868/575/493/446/353/277/187/134/128/63. Daten nach Geschlecht gewichtet. Werte unter 5,0 % werden nicht angezeigt. © Minor

Für wie groß halten Sie die Wahrscheinlichkeit, dass Sie infolge der Corona-Krise innerhalb der nächsten zwölf Monate Ihre Familie/Freund*innen in Ihrem Herkunftsland nicht mehr finanziell unterstützen können?

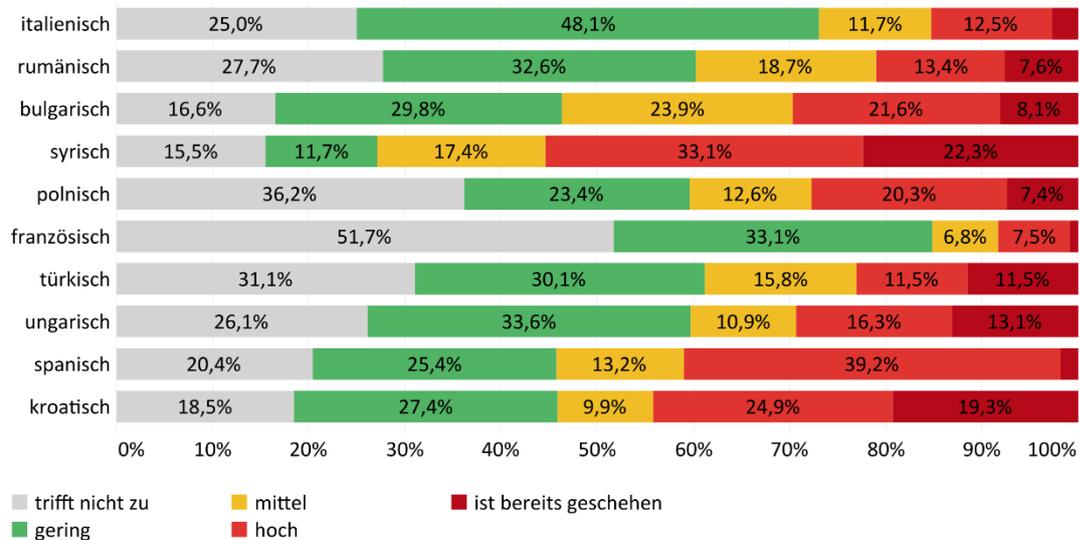


Abb. 18: Unterstützung für Familie und Freund*innen im Herkunftsland

n: 871/580/512/454/377/284/197/142/132/65. Daten nach Geschlecht gewichtet. Werte unter 5,0 % werden nicht angezeigt. © Minor

3.6 Gehen oder bleiben? Überlegungen zum Wegzug aus Deutschland

Auf einen Blick

- Rund 80 % der Teilnehmenden haben seit Beginn der Corona-Krise nicht daran gedacht, Deutschland zu verlassen.
- Fast jede*r dritte Befragte aus Spanien und Italien hat seit Ausbruch der Pandemie mit dem Gedanken gespielt, aus Deutschland abzuwandern.
- Eine Mehrheit von 70,8 % geht davon aus, auch in Zukunft in Deutschland zu bleiben.
- Ausschlaggebend ist für die meisten Befragten die schlechte Situation in ihrem Herkunftsland. Für Deutschland sprechen v. a. das deutsche Gesundheitssystem und die Hoffnung auf bessere Chancen für ihre Kinder.

Die Ergebnisse im Detail

Abwanderungsabsichten in der Vergangenheit

Die Mehrheit der Befragten (80,1 %) hat seit Beginn der Corona-Krise nicht darüber nachgedacht, Deutschland zu verlassen. Mit 94,9 % ist der Anteil der Personen ohne Abwanderungsabsichten bei den Teilnehmenden aus Syrien am höchsten (vgl. Abb. 19). Ausschlaggebend dafür dürfte sein, dass ihr vom Krieg erschüttertes Herkunftsland keine Alternative für sie ist bzw. dass sie nicht in einem dritten Land noch einmal neu anfangen wollen. Daneben haben auch überdurchschnittlich viele Rumän*innen (86,7 %) in den letzten Monaten nicht daran gedacht, aus Deutschland wegzuziehen.

Im Schnitt 19,9 % der Teilnehmenden haben seit Beginn der Corona-Krise mit dem Gedanken gespielt, die Bundesrepublik zu verlassen. Am ehesten kam dies für die Befragten aus Spanien und Italien in Betracht. Rund jede*r dritte Teilnehmende aus diesen beiden Ländern hat seit Ausbruch der Pandemie daran gedacht, aus Deutschland abzuwandern (vgl. Abb. 19).

Wie sieht es in der Zukunft aus? Die meisten Befragten gehen nicht davon aus, dass sie im Laufe des nächsten Jahres wegen der Corona-Krise **in ihr Herkunftsland zurückkehren** werden: Im Schnitt schätzen 56,1 % die Wahrscheinlichkeit dafür als gering ein. 11,1 % bzw. 6,0 % halten eine Rückkehr für mäßig oder sehr wahrscheinlich. Nur einige wenige Befragte (0,9 %) sind bereits wieder in ihr Herkunftsland gezogen.

60,0 % der Befragten aus Syrien gaben an, die Frage treffe auf sie nicht zu (vgl. Abb. 20). Ausschlaggebend dafür dürfte die politische Lage in ihrem Herkunftsland sein. Am höchsten ist der Anteil derjenigen, die eine Rückkehr für eher unwahrscheinlich halten, bei den Rumän*innen (67,1 %) und Italiener*innen (63,4 %). Die Teilnehmenden aus Spanien und Kroatien beurteilen ihre Lage anders: 14,8 % bzw. 13,0 % schätzen es als sehr wahrscheinlich ein, dass sie im Laufe der nächsten zwölf Monate in ihr Herkunftsland zurückgehen werden. Weitere 23,4 % bzw. 18,0 % halten eine Rückkehr für mittelmäßig wahrscheinlich.

Abwanderungsabsichten in Zukunft

Eine Mehrheit von 70,8 % schätzt die Wahrscheinlichkeit, dass sie in den nächsten zwölf Monaten in Deutschland bleiben, als hoch ein. Weitere 6,2 % haben sich bereits entschieden, die Bundesrepublik nicht zu verlassen. 15,7 % bzw.

4,4 % halten es hingegen nur für mittelmäßig oder wenig wahrscheinlich, dass sie in Deutschland bleiben werden.

Am höchsten ist der Anteil derjenigen, die in Deutschland ihre Zukunft sehen oder sich bereits zum Bleiben entschlossen haben, bei den Befragten aus Syrien (87,8 %) und Ungarn (80,9 %) (vgl. Abb. 21). Überdurchschnittlich viele Spanier*innen und Rumän*innen schätzen die Wahrscheinlichkeit, dass sie im kommenden Jahr in Deutschland bleiben, lediglich als mittelmäßig hoch oder als gering ein. Am skeptischsten beurteilen die Teilnehmenden aus Bulgarien und Frankreich ihren Verbleib in Deutschland: 6,8 % bzw. 6,4 % halten es für wenig wahrscheinlich, dass sie in der Bundesrepublik bleiben.

Bleibe- und Abwanderungsgründe

Welche Gründe sprechen in den Augen der Befragten dafür, hier zu bleiben? Die Teilnehmenden konnten hier mehrere Antworten geben. Am häufigsten (1.842 Mal) nannten die Befragten die schlechte wirtschaftliche Lage in ihrem Herkunftsland (vgl. Abb. 22). Mit 19,9 % und 16,6 % ist der Anteil der Rumän*innen und Bulgar*innen bei dieser Antwort überproportional hoch.

Explizit für Deutschland spricht für viele, dass sie sich in der aktuellen Krise im hiesigen Gesundheitssystem sicher fühlen. Als weitere Bleibegründe führten die Befragten die Überzeugung an, dass ihre Kinder hier bessere Möglichkeiten hätten, sowie die Hoffnung, dass sich die Lage in Deutschland bald wieder normalisieren werde. Nur 1.139 Mal gaben die Befragten an, die Bundesrepublik nicht verlassen zu wollen, weil sie sich hier sozial integriert fühlen. Noch seltener stimmten die Teilnehmenden als Grund, hier bleiben zu wollen, der Aussage zu, sie hätten sich in Deutschland ein Leben aufgebaut. Mit 35,6 % ist der Anteil der Syrer*innen, die dies als Grund angaben, um in Deutschland zu bleiben, auffallend hoch.

Weil nur die Befragten aus Italien, Bulgarien und Frankreich in nennenswertem Umfang eine Abwanderung in Erwägung zogen, wurden die Gründe für einen Wegzug aus Deutschland nur für diese drei Zuwanderungsgruppen ausgewertet. Danach sprach gegen Deutschland in erster Linie, dass die Familien der Teilnehmenden nicht hier lebten: 262 Mal wurde dies als Grund genannt, um die Bundesrepublik zu verlassen (vgl. Abb. 23). Daneben führten die Befragten mit dem Arbeitsmarkt zusammenhängende Aspekte an wie die Wahrnehmung, durch die Corona-Krise hätten sich ihre Arbeitsbedingungen verschlechtert bzw. die Arbeitssuche sei schwerer geworden, sowie die generelle Einschätzung, als Zugewanderte hätten sie auf dem deutschen Arbeitsmarkt keine dauerhafte Perspektive. 116 Teilnehmenden nannten als Grund, um Deutschland zu verlassen, sie seien durch die Corona-Krise in Geldnot geraten (vgl. Abb. 23).

Lebenslagen in Krisenzeiten. Neuzugewanderte in der Corona-Krise

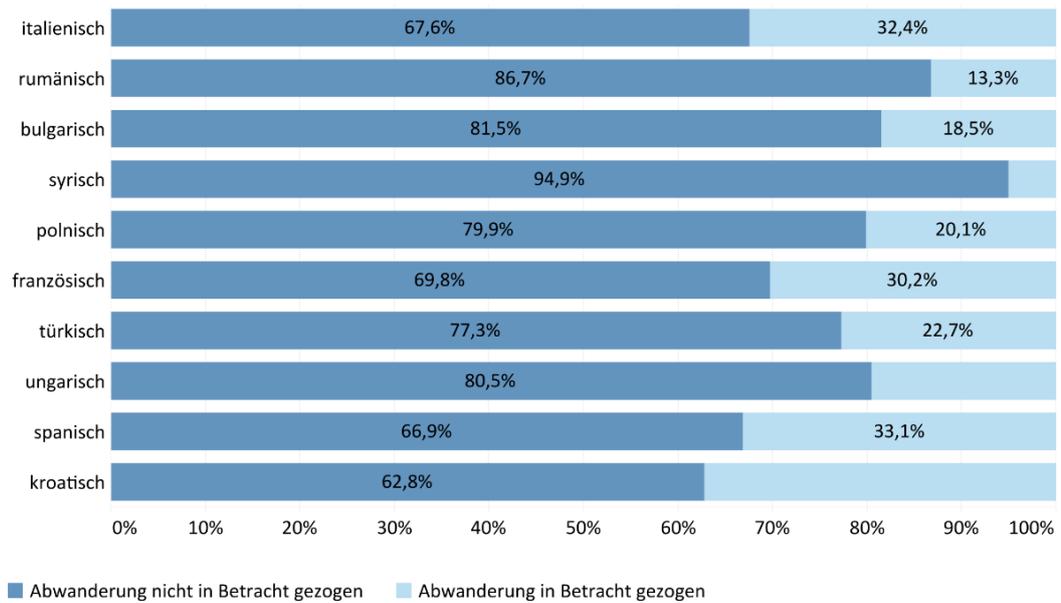


Abb. 19: Abwanderungsabsichten während der Corona-Krise

Antwort auf die Frage: „Haben Sie im Zuge der Corona-Krise darüber nachgedacht, Deutschland zu verlassen?“ n (Staatsangehörigkeit) = 953/649/562/519/413/285/207/151/132/69. Daten nach Geschlecht gewichtet. Kategorien unter 30 Antworten sind nicht beschriftet. © Minor

Für wie groß halten Sie die Wahrscheinlichkeit, dass Sie infolge der Corona-Krise innerhalb der nächsten zwölf Monate in Ihr Herkunftsland ziehen?

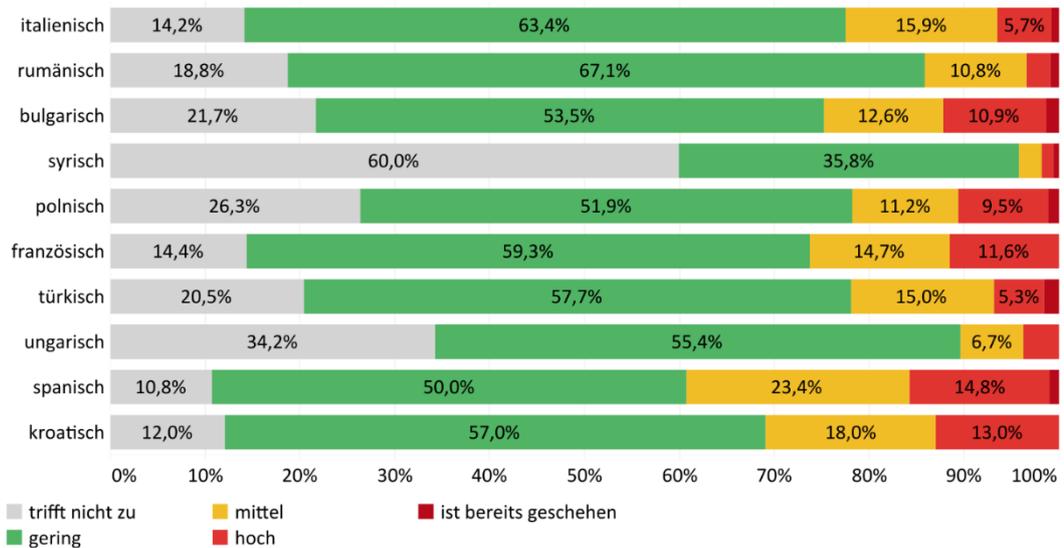


Abb. 20: Rückkehr ins Herkunftsland

n = 879/557/499/462/346/276/188/140/123/59. Daten nach Geschlecht gewichtet. Werte unter 5,0 % werden nicht angezeigt. © Minor

Für wie groß halten Sie die Wahrscheinlichkeit, dass Sie infolge der Corona-Krise innerhalb der nächsten zwölf Monate in Deutschland bleiben?

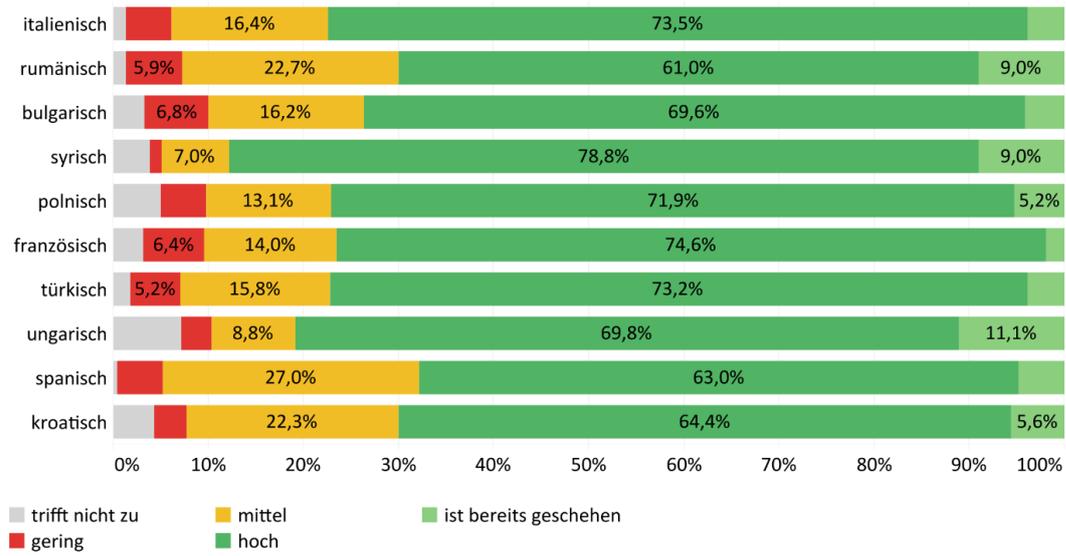


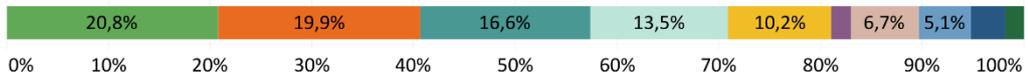
Abb. 21: Verbleib in Deutschland

n = 902/592/512/477/344/284/191/146/122/65. Daten nach Geschlecht gewichtet. Werte unter 5,0 % werden nicht angezeigt. © Minor

Lebenslagen in Krisenzeiten. Neuzugewanderte in der Corona-Krise

Was spricht in Ihrem Fall dafür, in Deutschland zu bleiben?
Für einen Verbleib in Deutschland spricht, dass ...

die wirtschaftliche Situation in meinem Herkunftsland sehr schlecht ist (von 1.842 Befragten angegeben).



ich mich im deutschen Gesundheitssystem sicher fühle (von 1.747 Befragten angegeben).



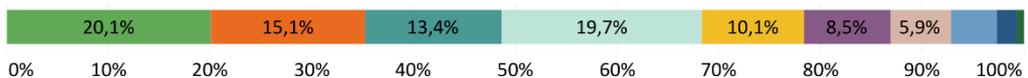
ich davon ausgehe, dass meine Kinder in Deutschland bessere Möglichkeiten haben als in meinem Herkunftsland (von 1.503 Befragten angegeben).



ich glaube, dass sich die Situation in Deutschland bald wieder normalisieren und verbessern wird (von 1.499 Befragten angegeben).



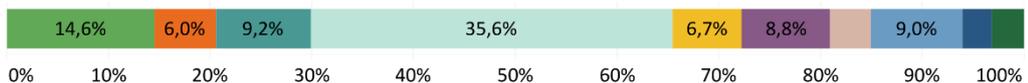
ich mich in Deutschland sozial integriert fühle (von 1.139 Befragten angegeben).



ich bei meiner Familie sein will und diese in Deutschland wohnt (von 820 Befragten angegeben).



ich mir in Deutschland mein Leben aufgebaut habe (z. B. Familie, Freund*innen, Arbeit) (von 160 Befragten angegeben).



■ italienisch ■ bulgarisch ■ polnisch ■ türkisch ■ spanisch
■ rumänisch ■ syrisch ■ französisch ■ ungarisch ■ kroatisch

Abb. 22: Bleibegründe

Mehrfachantworten möglich. Daten nach Geschlecht gewichtet. Werte unter 5,0 % sind nicht beschriftet. © Minor

Was spricht in Ihrem Fall dagegen, in Deutschland zu bleiben?
Gegen einen Verbleib in Deutschland spricht, dass ...

ich bei meiner Familie sein will und diese nicht in Deutschland wohnt (von 262 Befragten angegeben).



sich meine Arbeitsbedingungen wegen der Corona-Krise zum Negativen verändert haben (von 142 Befragten angegeben).



die Arbeitssuche deutlich schwerer geworden ist (von 137 Befragten angegeben).



ich als zugewanderte Person finde, dass ich keine dauerhafte Perspektive auf dem deutschen Arbeitsmarkt habe (von 121 Befragten angegeben).



ich wegen der Corona-Krise in Geldnot geraten bin (von 116 Befragten angegeben).



■ italienisch ■ bulgarisch ■ französisch

Abb. 23: Abwanderungsgründe

Mehrfachantworten möglich. Daten nach Geschlecht gewichtet. Kategorien unter 30 Antworten sind nicht beschriftet. © Minor

Von jeweils weniger als 55 Befragten aufgeführt und deshalb nicht in die Grafik aufgenommen wurden fünf weitere Gründe: Verlust des Arbeitsplatzes in der Corona-Krise; Schwierigkeiten, die Miete zu bezahlen; Probleme, eine Wohnung zu finden; eine gute Perspektive als Rückkehrer*in im Herkunftsland und die Verbesserung der politischen Lage im Herkunftsland.

4 Fazit und Ausblick

Die Corona-Krise und ergriffene Eindämmungsmaßnahmen treffen Neuzugewanderte stärker als andere Bevölkerungsgruppen. Die nicht repräsentative Online-Befragung zeigt: Migrant*innen, die nach 2008 in die Bundesrepublik gekommen sind, haben ein hohes Risiko, in der aktuellen Krise ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Gleichzeitig sind sie in stärkerem Maße von Kurzarbeit betroffen. Dabei kommt ein Drittel der Befragten mit dem Kurzarbeitergeld nicht über die Runden und ist gezwungen, sich von Freund*innen und Verwandten Geld zu leihen oder Sozialleistungen zu beantragen. Trotzdem hat in den vergangenen Monaten nur jeder fünfte Teilnehmende eine Abwanderung aus Deutschland in Betracht gezogen. Ausschlaggebend dafür ist jedoch weniger die soziale Integration oder das Gefühl, sich hier ein Leben aufgebaut zu haben, als vielmehr die Sichtweise, dass die Lage in den Herkunftsländern noch schlechter als in Deutschland ist.

Die aktuelle Krise löst bei vielen Menschen Ängste und Befürchtungen aus. Bei Neuzugewanderten ist die Verunsicherung groß, wie die Umfrage deutlich

macht. So hält es mehr als ein Viertel für mäßig oder sehr wahrscheinlich, innerhalb des nächsten Jahres den Arbeitsplatz zu verlieren. Weil Neuzugewanderte anders als in Deutschland geborene Menschen oder Migrant*innen, die schon länger hier leben, seltener über Ersparnisse verfügen, auf die sie während der Krise zurückgreifen könnten, zieht der Verlust des Arbeitsplatzes für sie existenzielle Probleme nach sich. Fast jede*r dritte Befragte hält es für mäßig oder sehr wahrscheinlich, im kommenden Jahr wegen Zahlungsschwierigkeiten einen Antrag auf Sozialleistungen stellen zu müssen. Gleichzeitig drohen in einigen Fällen die Zahlungen in die Herkunftsländer zu versiegen: 8,9 % gaben an, schon jetzt Familie und Freund*innen in ihrem Herkunftsland nicht mehr finanziell unterstützen zu können.

Welche Folgen der „Lockdown light“ ab November 2020 mit erneuten Schließungen u. a. von Restaurants, Bars, Kultureinrichtungen und Fitnessstudios bzw. der „harte Shutdown“ ab 16. Dezember 2020 für Neuzugewanderte haben, bleibt abzuwarten. Es könnte – branchenabhängig – zu einem erneuten Anstieg von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit sowie Abbau von Erwerbstätigkeit führen – auch und gerade unter Neuzugewanderten. Aus diesem Grund plant die Fachstelle Einwanderung für 2021 eine Nachbefragung zu den Auswirkungen der Maßnahmen zur Eindämmung der sogenannten zweiten Corona-Welle.

5 Literaturverzeichnis

- [BA] Bundesagentur für Arbeit, 2020a: Auswirkungen der Corona-Krise auf den Arbeits- und Ausbildungsmarkt. Arbeitsmarkt kompakt. Dezember 2020. <https://statistik.arbeitsagentur.de/Statistikdaten/Detail/202012/arbeitsmarktberichte/am-kompakt-corona/am-kompakt-corona-d-0-202012-pdf.pdf?blob=publicationFile&v=2> (06.01.2021).
- [BA] Bundesagentur für Arbeit, 2020b: Auswirkungen der Coronakrise auf den Arbeitsmarkt – Deutschland, West/Ost, Länder, Kreise und Agenturen für Arbeit (Monatszahlen). https://statistik.arbeitsagentur.de/SiteGlobals/Forms/Suche/Einzelheftsuche_Formular.html?nn=20726&topic_f=corona-datenset-corona (06.01.2021).
- [BA] Bundesagentur für Arbeit, 2020c: Sonderauswertung.
- [BA] Bundesagentur für Arbeit, 2020d: Beschäftigte aus den acht nichteuropäischen Asylherkunftsländern – Deutschland und Bundesländer (Monatszahlen Oktober 2020).
- [BA] Bundesagentur für Arbeit, 2020e: Realisierte Kurzarbeit (hochgerechnet) (Monatszahlen Oktober 2020).
- [BMAS] Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 2020: Kurzarbeit und Corona. Informationen für Beschäftigte und Unternehmen. Juni 2020. <https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/a166-kurzarbeit-und-corona.pdf?blob=publicationFile&v=3> (27.01.2021).
- Becker, P. / Fritsche, C. / Komitowski, D. / Meiners, S. / Remy, J., 2020: Corona-Krise: Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit von wirtschaftlichen Folgen besonders stark betroffen. Fachstelle Einwanderung, IQ Netzwerk. <https://www.netzwerk-iq.de/foerderprogramm-iq/fachstellen/fachstelle-einwanderung/publikationen/studien/arbeitsmarktintegration-und-corona> (23.11.2020).
- [BMF] Bundesministerium der Finanzen, 2020: Vereinfachtes Kurzarbeitergeld sichert Arbeitsplätze. 24.11.2020. <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Schlaglichter/Corona-Schutzschild/2020-03-19-Beschaeftigung-fuer-alle.html> (30.11.2020).
- Brand, T./Follmer, R./Unzicker, K., 2020: Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland 2020. Eine Herausforderung für uns alle. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsstudie. August 2020. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/ST-LW_Studie_Gesellschaftlicher_Zusammenhalt_2020.pdf (30.11.2020).

- Brücker, H. / Hauptmann, A. / Keita, S. / Vallizadeh, E.: Zuwanderungsmonitor. November 2020. http://doku.iab.de/arbeitsmarktdaten/Zuwanderungsmonitor_2011.pdf (06.01.2021).
- Elcheikh, K. / Fabiańczyk, E. / Kraußlach, M., 2020: EU-Zugewanderte in Berlin und die Coronakrise. Ergebnisse einer Online-Umfrage zu den Auswirkungen der Coronakrise auf die Situation von EU-Zugewanderten in Berlin. https://minor-kontor.de/wp-content/uploads/2020/08/Minor_EB_EU-Zugewanderte-in-Berlin-und-die-Coronakrise_2020.pdf (26.11.2020).
- Geis-Thöne, W., 2020a: Corona hemmt die Integration. IW-Kurzbericht Nr. 61.
- Geis-Thöne, W., 2020b: Die Integration der Geflüchteten macht große Fortschritte. Eine Bestandsaufnahme fünf Jahre nach dem starken Zuzug. IW-Report 42/2020.
- Giesing, E. & Hofbauer Pérez, M.: Wie wirkt sich Covid-19 auf Migration und Integration aus? ifo Schnelldienst 7 (2020), S. 41-46.
- Leuker, C. / Hertwig, R. / Gumenik, K. / Eggeling, L. M. / Hechtlinger, S. / Kozyreva, A. / Samaan, L. / Fleischhut, N., 2020: Wie informiert sich die Bevölkerung in Deutschland rund um das Coronavirus? August 2020. https://pure.mpg.de/rest/items/item_3247925_7/component/file_3252645/content (30.11.2020).
- [OECD] Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, 2020: International Migration Outlook 2020. <https://www.oecd.org/migration/international-migration-outlook-1999124x.htm> (23.11.2020).
- Sozio-oekonomischen Panel [SOEP] am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, 2020: Methodik. <https://www.soep-cov.de/Methodik/> (30.11.2020).
- Statistisches Bundesamt, 2019a: Durchschnittsalter nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit 2011 bis 2019. Stand: 19. Juni 2020. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Bevoelkerungsstand/Tabellen/durchschnittsalter-zensus-jahre.html> (19.11.2020).
- Statistisches Bundesamt, 2019b: Ausländische Bevölkerung am 31.12.2019. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Tabellen/auslaendische-bevoelkerung-bundeslaender.html> (19.11.2020).
- Statistisches Bundesamt, 2020a: Statistik Dossier: Daten zur COVID-19-Pandemie. Ausgabe 18/2020 vom 14.12.2020. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Querschnitt/Corona/Downloads/dossier-covid-19.pdf;jsessionid=E7A3E40577B5F529A63CB627699E6668.internet8721?blob=publicationFile> (06.01.2021).

Statistisches Bundesamt, 2020b: Corona-Krise trifft Gastronomie hart: Umsätze von März bis August 2020 sanken um 40,5 % gegenüber Vorjahreszeitraum. Pressemitteilung Nr. 0678 vom 26.10.2020. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/10/PD20_N067_45.html (30.11.2020).

Statistisches Bundesamt, 2021: Erwerbstätigkeit 2020: Aufwärtstrend am Arbeitsmarkt nach 14 Jahren beendet. Pressemitteilung Nr. 001 vom 04.01.2021. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/01/PD21_001_13321.html (06.01.2021).

6 Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Werbeplakat für die Umfrage	8
Abb. 2: Staatsangehörigkeit der Befragten	11
Abb. 3: Aufenthaltsstatus der Befragten (Drittstaatenangehörige)	12
Abb. 4: Zuzug nach Deutschland	13
Abb. 5: Geschlecht der Befragten	13
Abb. 6: Alter der Befragten	14
Abb. 7: Bildungsabschluss der Befragten	14
Abb. 8: Wohnort der Befragten.....	15
Abb. 9: Beschäftigung vor Ausbruch der Corona-Krise	18
Abb. 10: Beschäftigungsform vor Ausbruch der Corona-Krise	19
Abb. 11: Branchen	20
Abb. 12: Weiterbeschäftigung beim Arbeitgebenden	24
Abb. 13: Erhalt von Kurzarbeitergeld	24
Abb. 14: Finanzielle Lage bei Bezug von Kurzarbeitergeld	25
Abb. 15: Sorgen vor Verlust des Arbeitsplatzes	27
Abb. 16: Finanzielle Sorgen	27
Abb. 17: Bezug von Sozialleistungen	28
Abb. 18: Unterstützung für Familie und Freund*innen im Herkunftsland	28
Abb. 19: Abwanderungsabsichten während der Corona-Krise.....	31
Abb. 20: Rückkehr ins Herkunftsland	31
Abb. 21: Verbleib in Deutschland.....	32
Abb. 22: Bleibegründe	33
Abb. 23: Abwanderungsgründe.....	34



Förderprogramm „Integration durch Qualifizierung IQ“